Augen auf im Datenverkehr!



Schwerpunkt: Rechte im Internet

Informationen von und für AntifaschistInnen

Bundestagswahlen 2002 – „Wehrmachtsausstellung" – Schändung von Gedenkstätten – Verhältnis Union / Schill-Partei – „Club 88" – Nazikonzerte – Prozess gegen SSS – Portrait „Criticón" – NPD-Verbotsverfahren – Interview: VVN-BdA – Bombenterror in Russland – Österreich – „Arbeitskreis deutscher Zwangsarbeiter" – Rezensionen – Meldungen

H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 79
Nov./Dez. 02
2,00 Euro

DER RECHTE RAND

In diesem Heft

Editorial

Auch nach dem Wahlsieg für „Rot-Grün" bei den Bundestagswahlen im September wird sich am gesellschaftlichen Klima in der Bundesrepublik nicht viel ändern: MigrantInnen werden diskriminiert und wahllos „abgeschoben", Juden und Jüdinnen können sich nur unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen in der Öffentlichkeit bewegen, Neonazis betreiben ihren alltäglichen Terror, Rechtsintellektuelle leugnen oder relativieren den Holocaust, am Stammtisch werden „Neger- und Schwulenwitze" gerissen usw. Das Klima nach der Wahl ist das Klima vor der Wahl.

In dieser Legislaturperiode wird das Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik wohl eines bleiben, das MigrantInnen erhebliche Steine in den Weg legt, den sie aber offiziell beschreiten müssen, um hier als gleichberechtigt und anerkannt zu gelten. In diesem Klima, in dem zwischen „wir" und „die da" eine ausschließende Grenze gezogen wird, werden von deutschen „Normalbürgern" verübte rassistische Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte wie im niedersächsischen Algermissen möglich. Die Unionsparteien mochten im Wahlkampf - genau so wie in den vorherigen - nicht auf ausländerfeindliche Kampagnen verzichten, um sich einer rassistischen Wählerklientel zu versichern, getreu dem immer noch in Anspruch genommen Motto „rechts von uns darf es keine Partei geben". Offenkundig mit Erfolg, rechtspopulistische Parteien wie die „Schill-Partei" und neofaschistische wie die NPD erhielten nur marginale Stimmenzahlen. Und in der FDP, in der man im Wahlkampf durchaus auf das antisemitische Ressentiment setzte, gibt es nun einen Eklat um den Strategen dieses Wahlkampfs - Jürgen W. Möllemann. Nicht wegen seiner antisemitischen Attacken wird nun sogar überlegt, ihn aus der Partei auszuschließen, sondern wegen der ungeklärten Finanzierung seines antisemitischen Flugblatts.

Dass Antisemitismus in großen Teilen der deutschen Gesellschaft heute für keinen großen Eklat mehr sorgt, wird auch an einem angekündigten Aufmarsch der NPD unter dem Motte „Schluss mit der Masseneinwanderung russischer Juden - Deutschland uns Deutschen" deutlich, den das Verwaltungsgericht Potsdam nicht als volksverhetzend einschätzte.

Auch im Internet tummeln sich NeofaschistInnen in großer Zahl. Es gibt verschiedene Angebote speziell für Frauen, Musikfans, Holocaustleugner und viele andere. Den Bereich Rechte im Internet, genauso wie antifaschistische Gegeninitiativen im Netz, beleuchten wir im Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Weitere Themen sind ein Rückblick auf die in diesem Sommer stattgefundenen neofaschistischen Konzertveranstaltungen, der Stand im Verfahren gegen die NPD und die Auswirkungen der Bundestagswahlen.

Das Zerbrechen der Koalition zwischen FPÖ und ÖVP in Österreich, genauso wie das der in den Niederlanden erst seit kurzer Zeit regierenden rechtskonservative Regierung, könnte Anlass zur Hoffnung geben. Nun haben die WählerInnen beider Staaten die Möglichkeit, der rechtspopulischen Welle in Europa eine deutliche Absage zu erteilen.

Der nächste Der Rechte Rand erscheint Anfang Januar 2003, Redaktionsschluss ist der 12. 12. 2002.

Fotos in dieser Ausgabe: P. Jülich (S. 13, 14 Mitte, 18), Bildarchiv Der Rechte Rand (Composing S.1, S. 23).

Termine

7./8. Dezember 2002 in Köln: „Faschistisches Menschenbild, Gentechnik und Biopolitik — Herausforderungen antifaschistischer Arbeit", Vorträge und Diskussion u.a. zur Bioethik-Debatte in Deutschland, zu „Euthanasie und ihre geistigen Wurzeln", Embryonenforschung und „Lebensschützern", Beginn 10.30 Uhr. Tagungsbeitrag: 10,- Euro. Anmeldungen bis 20.11. an VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel. Fax: 0202-450629 oder vvn-bdanrw@freenet.de.

Veranstalter: Kommission „Neofaschismus" der VVN-BdA NRW und Hartmut Meyer-Archiv.

Die Angst wird wachsen

Die Bundestagswahlen 2002

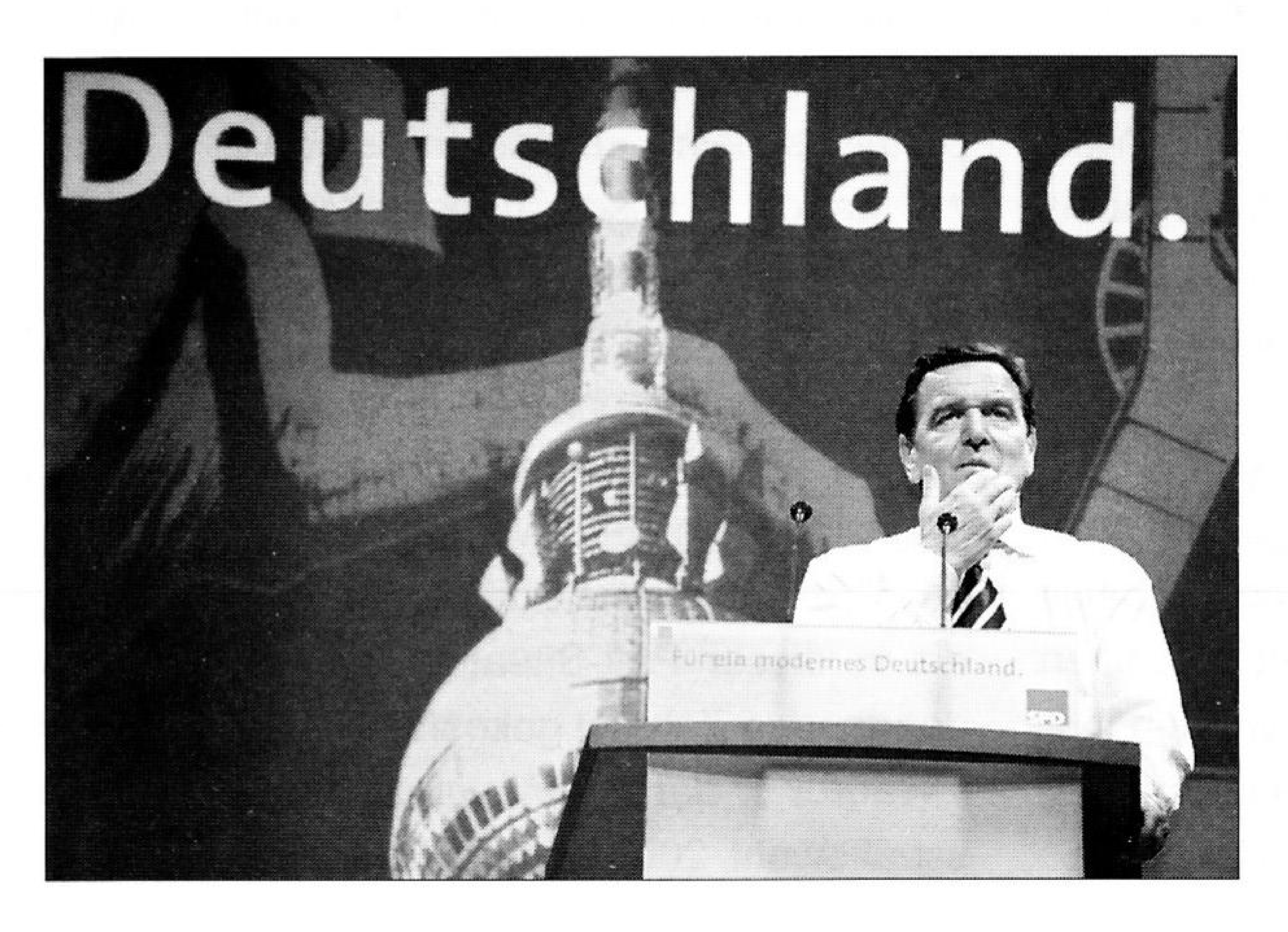
Schwarz und Braun triumphieren - Rosa, Grün und/oder Rot verlieren - so endeten in den vergangenen vier Jahren die meisten Wahlen in der EU. Selbstsicher wollte die „modernisierte" Sozialdemokratie auf ihrem „dritten Weg" ein „neues sozialdemokratisches Zeitalter" in Europa einläuten. Heute werden nur noch vier EU-Staaten sozialdemokratisch regiert.

von Rainer Butenschön

In der EU hatte die Rechtswende bereits kurz nach Ablösung der Kohl-Regierung 1999/2000 eingesetzt. Sie wurde wesentlich durch die Erfolge von rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien befördert. Als Erste schaffte die FPÖ in Österreich den Durchbruch. Es folgte Silvio Berlusconi in Italien, in Frankreich schockierte der Erfolg von Jean-Marie Le Pen, in Kopenhagen ermöglichte die „Dänische Volkspartei", in Den Haag die „Liste Pim Fortyn" den Regierungswechsel. Diese konservativ-rechtspopulistische Woge hat Berlin nicht erreicht – trotz der Enttäuschung von erheblichen Teilen der WählerInnenschaft über die Politik der „neuen Mitte". Die hat sich an den Wahlurnen aber nur ausgedrückt in Zugewinnen für die Union (CDU plus 1,1 Prozent, CSU plus 2,2 Prozent) und für die marktradikale FDP (plus 1,1 Prozent) und in der wahlpolitischen Resignation von 20,9 Prozent der Stimmbürger, die ihr Kreuz auf dem Wahlzettel verweigerten (plus 3,1 Prozent).

Rechtspopulisten und Rechtsextreme blieben bedeutungslos. Beunruhigend ist jedoch, dass der harte Kern der Extremen, dessen Stimmen sich bei der NPD konzentrieren, größer geworden ist. Wahlpolitisch bleibt die NPD zwar mit 0,4 Prozent (plus 0,2) irrelevant. Doch sie konnte ihre absolute Stimmenzahl von 126.571 im Jahr 1998 auf nun 215.232 Zweitstimmen steigern – dies belegt den nicht überraschenden Befund: Die Nazi-Szene wächst weiter.

Edmund Stoiber führte einen auf die „Mitte" zielenden Wahlkampf. Obwohl er jede zuspitzende Konfrontation (etwa in der Einwanderungsfrage) bewusst vermied, hat der frühere Warner vor einer „durchrassten Gesellschaft" an Bindungswirkung ins rechtspopulistische Lager hinein nicht verloren. Dies gilt auch für die betont antiliberal regierende SPD, die anders als bei früheren Landtagswahlen ihre autoritär gestimmte kleinbürgerliche Klientel bei der Stange halten konnte. Dabei ist etwa Otto Schily von seinem CSU-Bruder im Geiste, Günter Beckstein, kaum zu unterscheiden.



Generell lässt sich sagen: In den vergangenen Jahren sind die klassischen Mobilisierungsthemen der Rechtspopulisten - der Parteienstaat, der Wohlfahrtstaat und die so genannte Ausländer- und Einwanderungsfrage - von Union wie SPD „in einer Weise behandelt worden, die den Spielraum für populistischen Protest relativ klein gehalten hat" (Frank Decker). Hinzu kommt, dass die politische Stigmatisierung des organisierten Rechtsextremismus in der Bundesrepublik und eine in anderen EU-Ländern so nicht wirksame kritische Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit es Rechtspopulisten weiterhin erschwert, sich breitenwirksam zu organisieren.

Der frühere SS-Mann Schönhuber und „Die Republikaner" haben dies schmerzlich erfahren. „Die Republikaner", die seit Schönhubers Abgang ohne charismatischen Führer auskommen müssen, dürften sich bei dieser Wahl als Partei mit bundesweiter Bedeutung erledigt haben. Mit 280.671 Wählerstimmen (1998 waren es bei höherer Wahlbeteiligung 906.383) erreichten sie nur noch 0,6 Prozent der Stimmen. Das ist ein Verlust von 1,3 Prozentpunkten. Im Süden Deutschlands, einst eine REP-Hochburg, dürften die REP-Verluste vor allem Stoiber zu Gute gekommen sein.

Der bei der Landtagswahl in Hamburg mit fast 20 Prozent erblühte neue Shooting-Star der Rechtspopulisten, Ronald Schill, der unbelastet von Nazi-Vergangenheits-Vorwürfen agiert, blieb südlich der Mainlinie ohne Bedeutung. Seine Partei errang in Bayern nur 0,2 Prozent, in Baden-Württemberg nur 0,5 Prozent – und punktete auch im Rest der Republik nur mäßig: Bundesweit erreichte Schill 0,8 Prozent (400.476 Zweitstimmen). Mehr als einen Prozentpunkt erreichte die „Schill-Partei" lediglich in Sachsen (1,2), in Berlin (1,8) und selbst in ihrem Stammland Hamburg stürzte sie auf 4,2 Prozent ab.

Dort bleibt Schill allerdings eine politische Größe: Nach einer Umfrage von Anfang September diesen Jahres wäre Schill bei einer Hamburger Landtagswahl immer noch auf rund 10 Prozent der Stimmen gekommen. Das wäre zwar eine Halbierung seines früheren Ergebnisses. Doch von einer schnellen Entzauberung kann keine Rede sein, viele Hamburger empfinden die Politik Schills als „Wandel".

Dies gilt (mit Abstrichen), auch für das Bundesgebiet. Die Faktoren, denen Rechtspopulisten in anderen EU-Staaten ihren Aufstieg verdanken, wirken auch hier. Dazu zählen vor allem der rasante sozio-ökonomische Umbruch und die Massenarbeitslosgikeit, die laut „Prognos AG" noch bis 2010 bei über 3,5 Millionen Erwerbslosen in Deutschland liegen dürfte. Rot-Grün hat dagegen kein wirksames Konzept. Die als ein Allheilmittel gepriesen Hartz-Reformen werden den Druck auf Erwerbslose und Erwerbstätige nur noch weiter erhöhen mit der Folge: Das Angstpotential, das die tiefe gesellschaftliche Erosion im Übermaß frei setzt, wird auch durch die rot-grüne Politik gesteigert statt verringert. Auch die Gewerkschaften wollen – selbst um den absehbaren Preis, noch schwächer zu werden – der Regierung auf den „Holzweg Hartz" folgen. Angst aber ist der wichtigste politische Rohstoff für Rechtspopulisten.

Abgrenzungsbedürfnisse

Das Verhältnis der Union zur „Schill-Partei“ nach der Wahl

„Ich bin mit jedem Ergebnis zufrieden“, betonte Ronald Schill bei der Abgabe seiner Stimme zu der Bundestagswahl 2002 in Hamburg. Unzufrieden wäre der Bundesvorsitzende der „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ (Schill-Partei) nur gewesen, wenn er dem „deutschen Volk nicht die Chance für eine bessere Politik“ gegeben hätte.

von Andreas Speit

Rhetorisch so gewappnet, nimmt Hamburgs Innensenator am Abend des 22. Septembers nonchalant die Ergebnisse der Bundestagswahl von 0,8 Prozent und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern von 1,7 Prozent der Stimmen hin. Auf der Wahlparty im „Friesenkeller“ beschönigte Schill dann auch die Niederlage. „Wir haben unsere Wahlziele nicht erreicht“, räumte er ein, aber „gleichzeitig ist dies ein Achtungserfolg für den unermüdlichen Einsatz unserer Mitglieder“. Ihre guten Ansätze für Deutschland wie für Mecklenburg-Vorpommern seien durch die bundespolitischen Debatten jedoch überdeckt worden: „Deutschland hat nichts dazugelernt“. Außerdem seien „viele Leute wohl auf Nummer sicher gegangen und hätten die Union gewählt“. Vor allem aber hätten die Medien und Meinungsforschungsinstitute das Ergebnis verschuldet: „Die Presse hat uns totgeschwiegen oder nur negativ berichtet“, und die „Meinungsforscher haben manipulierte Umfragen veröffentlicht“.

Dass ihre Kandidatur eine mögliche schwarz-gelbe Bundesregierung verhindert habe, wollen die Mitglieder nicht diskutieren. Und Schill, der vor dem Parteitagsbeschluss noch mit dem Argument, dass er es sich nicht verzeihen könnte „der Steigbügelhalter von Rot-Grün“ zu werden, gegen eine Bundestagskandidatur plädiert hat, relativiert nun: „Jeder ist für den Erfolg seiner Partei selbst verantwortlich“.

Ganz offen räumt allerdings Hamburgs CDU-Landeschef Dirk Fischer ein, was die Bundes-Union hinter verschlossenen Türen meint: „Schill hat unser Ergebnis geschwächt“. So fragt sich die Union, inwieweit die Hamburger Regierungskoalition von CDU, FDP und „Schill-Partei“ eine „unliebsame Konkurrenz“ manifestiert. Fischer antwortet ungeschönt: In dem hanseatischen Ergebnis der „Schill-Partei“ von 4,4 Prozent „steckt auch unser Ergebnis drin“. Der Regierungspartner scheint auf Kosten der Union zu gehen. Umso „ungeliebter“ ist mittlerweile die rechte Konkurrenz. In der „Jungen Freiheit“ betont der CSU-Bundestagsabgeordnete Max Straubinger: „Die Schill-Partei hat uns den Wahlsieg gekostet! Zwar hat Schill nur 0,8 Prozent erreicht, aber uns damit die in dieser Patt-Situation entscheidendenden Zehntel gekostet“.

Während der Hamburger Bürgerschaftswahl 2001 hatte Straubingers Landeschef Edmund Stoiber der CDU noch geraten, mit der „Schill-Partei“ zu koalieren. Für den Regierungswechsel in Hamburg gab die Union ihre politische Doktrin auf, die einst Franz Josef Strauß formuliert hatte – „Rechts von der Union darf sich auf Dauer keine demokratisch legitimierte Partei etablieren“. Ein Strategiewechsel, warnten die CDU-Parteivize Christian Wulff und Volker Rühe schon auf dem Dresdener Parteitag 2001, der die Union ihre „feste Wählerklientel“ kosten könnte.

Erst als die Union-Granden Schills Wahlüberlegungen genauer analysierten, realisierten sie die Gefahr, „die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der CDU zu gefährden“. Sofort verkündete Laurenz Meyer: „Wir werden es nicht hinnehmen, dass sich im demokratischen Spektrum rechts von der Union eine Partei etabliert“. Und Stoiber erklärte: „Das Thema Schill hat sich mit der Kandidatur erledigt. Alle möglichen Spekulationen um mögliche Koalitionen sind absurd“.

Weder Wahlergebnisse noch Kampfansagen erschrecken Mario Mettbach. „In vier Jahren sieht das ganz anders aus“, meint der „Schill-Partei“-Vize und glaubt, dass die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Wahlergebnisse und weitere Parteientwicklungen sie „nach vorne“ bringen werden. „In vier Jahren sind wir fit. Dann werden wir noch mal antreten“, verspricht ebenfalls Schill. Zumindest der von etlichen Kommentatoren prognostizierte sofortige Zerfall der Partei nach einer Wahlniederlage ist bisher nicht eingetreten. Noch nicht.

Rassistische Karte

Im diesjährigen Bundestagswahlkampf mochte die CDU wieder einmal nicht auf die rassistische Karte verzichten. Besonders deutlich wurde dies an zwei Beispielen: „Weniger Zuwanderung! Mehr Arbeitsplätze“, ließ der Leverkusener CDU-Kandidat Helmut Nowak plakatieren. Die mit den Wahlplakaten vorgenommene Schuldzuweisung für die Arbeitslosigkeit diene der Radikalisierung und schüre Stimmung gegen Migranten, Ausländer und Flüchtlinge, kritisierte der Kölner Superintendent der evangelischen Kirche, Ernst Fey. Trotz Kritik an der ausländerfeindlichen Wahlwerbung hielt der CDU-Kreisverband Leverkusen an den Plakaten fest und stellte sich hinter Nowak. Der fühlte sich bestätigt und erkärte, dass er während seiner „langen Mitgliedschaft in der CDU selten solch eine breite Zustimmung erlebt“ habe.
In Rostock scheute sich der örtliche CDU-Kandidat Reinhardt Thomas nicht, zum zehnten Jahrestag der Rostocker Pogrome unmittelbar vor der damals angegriffenen Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber Plakate mit



dem Slogan „Zuwanderung in unsere Sozialsysteme stoppen“ aufzuhängen. „Solche Slogans tragen dazu bei, dass ein Klima entsteht, in dem Lichtenhagen möglich war“, kommentierte der Rostocker Oberbürgermeister Pöker die rassistische Wahlpropaganda. Unmittelbar vor der Bundestagswahl machte Bayerns Innenminister Günter Beckstein deutlich, dass es sich bei dieser ausländerfeindlichen Propaganda nicht um Ausrutscher zweier profilierungssüchtiger Kandidaten handelte. Mit seinen sieben Punkten „für weniger Zuwanderung und mehr Integration“ warf Beckstein der Bundesregierung vor, angesichts von mehr als vier Millionen Arbeitslosen nicht im deutschen Interesse zu handeln. Er bediente damit zwar weniger plakativ, aber eindeutig die gleiche Klientel wie seine Unionsfreunde Thomas und Nowak.

Virtuell ins Vierte Reich?

Die extreme Rechte und ihre Präsenz im Internet

Die Ausführungen in den Jahresberichten der Verfassungsschutzämter vermitteln den Eindruck, als hätte sich im Internet bereits ein virtuelles „Viertes Reich" etabliert. 1.300 rechtsextreme, deutschsprachige Sites im Web will das Bundesamt für das Jahr 2001 gezählt haben, doch diese Zahl sagt weder etwas über die Qualität der Präsentation aus, noch über die Frequenz ihrer Nutzung und Bedeutung oder gar den realen Organisationsgrad der dahinterstehenden Gruppen und Personen.

von Christian Dornbusch & Jochen Wecker

Das World Wide Web weist stetige Steigerungszahlen in Nutzung und Angebot aus. Derzeit haben zwischen 250 und 500 Millionen Haushalte in den Industriestaaten einen Internetanschluss. In Deutschland werden voraussichtlich noch in diesem Jahr 50 Prozent der Menschen über 14 Jahren über einen Anschluss verfügen. Das bedeutet, dass knapp 30 Millionen Menschen in diesem Land dann Zugang zum digitalen Netz haben werden. Die Suchmaschine Google greift in diesem Netz auf knapp 2,5 Milliarden Webseiten zu, um sie nach Stichworten zu durchsuchen.

Während die extreme Rechten in den USA zügig mit der Integrierung des Internets und dessen Diensten in ihre politische und ökonomische Arbeit begann, schlug die Erkenntnis und Fähigkeit darüber in der bundesdeutschen Rechten erst in den Jahren 1999 bis 2001 zu Buche. Mittlerweile sind neben der „NPD/JN", „DVU", den „Republikanern" und anderen Splitterparteien der größte Teil der Verlage, Versände, Kultur- und Bildungseinrichtungen, Bands etc. der extremen Rechten im Web vertreten oder per Email erreichbar. Auch eine Vielzahl der „Freien Kameradschaften" und einzelne Neonazis dürfen eine „Heimatseite" ihr Eigen nennen.



Neonazis in Frankfurt im Mai 2001

Quantität statt Qualität

Neben einer Reihe professionell gestalteter und aktiver Sites, beispielsweise der Initiative „Nationale gegen Kinderschänder" oder des Radiosenders „Radio Germania", sehen eine Vielzahl anderer aus wie eine ewige Baustelle oder werden unregelmäßig bis selten aktualisiert. In den meisten Fällen ist eine tagespolitische Aktualität auch gar nicht beabsichtigt. Denn diese scheinbar verwaisten Webseiten wurden vor allem dafür kreiert, um einmal hergestellt zu werden und dann zu provozieren und zeitlose neonazistische Inhalte im Web zu verbreiten, wie beispielsweise die Leugnung des Holocaust. Viele dieser Seiten liegen mittlerweile auf Servern im Ausland. Denn nachdem vor zwei Jahren die Öffentlichkeit für die neonazistischen Inhalte so mancher Seite sensibilisiert worden war, kündigten viele Provider ihren extrem rechten Kunden. Um erneute Einschränkungen zu vermeiden, wendeten diese sich an Anbieter im Ausland, bevorzugt in den USA, und luden ihre Seiten dort hoch.

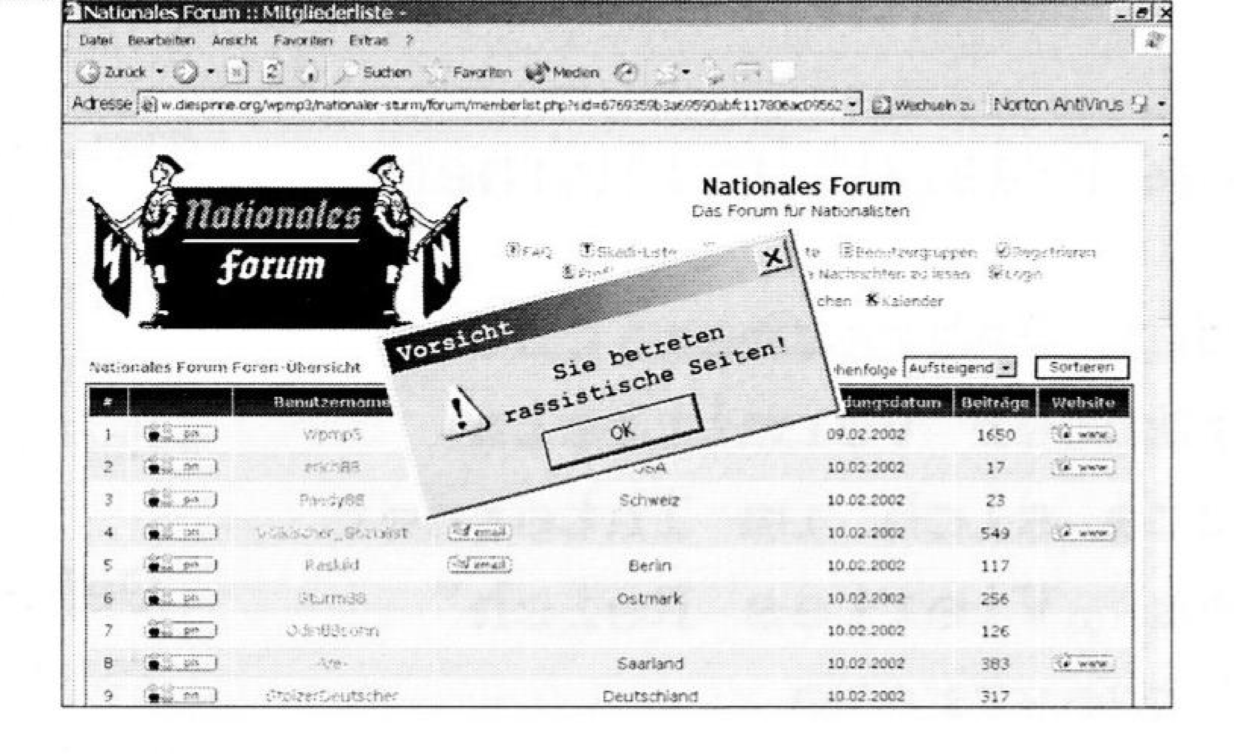
Gefragt ist, was selten und umsonst ist

Vor allem jene Seiten, die in Deutschland schwer und gar nicht erhältliches Material bereitstellen, sind für die extrem rechten User interessant. Gefragt sind vor allem die Schriften der Holocaust-Leugner, die beispielsweise auf den Seiten von David Irving oder Ernst Zündel zum online lesen bereitstehen. Etablieren konnten sich auch rechtsextreme Versände wie beispielsweise der „V7-Versand" (Grevesmühlen), der „Wikinger-Versand" (Geiselhöring) oder „Front Records" (Torgau). Ihr Angebot kann online gesichtet und gleich auch im Shop bestellt werden. Vor allem werden aber jene Seiten, die RechtsRock-MP3s bereitstellen, stark frequentiert. Auf den Seiten von „Hatecore 14/88", „RechtsRock MP3s" oder „Neo Germania" werden entweder einzelne Lieder oder gleich ganze Alben zum Download bereitgestellt - bevorzugt solche, die in Deutschland nicht jugendfrei oder gar verboten sind. Die Foren im Internet wiederum sind das interaktive Moment auf den extrem rechten Seiten. Ob im „Nationalen Forum", im „Störtebeker-Netz" oder im Forum der „Freien Nationalisten Nds/Weser Ems", dort werden tagespolitische Geschehnisse kommentiert, neue CDs vorgestellt, Szene-Tratsch verbreitet oder über vergangene Konzerte oder Demonstrationen berichtet.

Lauter virtuelle Nazis?

„Was mir in letzter Zeit auch sehr negativ aufgefallen ist, ist daß es immer mehr [...] >Internet-Nazis< gibt, die zwar im Internet das große Wort führen, aber bei irgendwelchen Aktionen außerhalb des Wohnzimmers noch nie gesehen wurden", beschwerte sich Michael Wiedemann, Herausgeber des Fanzines „Brauner Bär" in seiner aktuellen Ausgabe. Nach der ersten Euphorie rund um das Internet kehrt nun Ernüchterung ein. Zwar sind heute alle maßgeblichen, weniger wichtigen als auch bedeutungslosen Gruppierungen und Personen der extremen Rechten mit einer eigenen virtuellen Präsenz im WWW vertreten, doch die alltäglichen User zeigen häufig wenig Interesse an ihnen. Die Möglichkeit, sich mit Materialien beispielsweise der NPD inhaltlich vertraut zu machen, wurde durch das Internet zwar wesentlich erleichert - erfreut sich aber nicht einer solchen Nachfrage, wie es die absoluten Zahlen extrem rechter Homepages vermuten lassen. Denn die extremen rechten, wie auch die „normalen" User im Netz, chatten lieber, als sich inhaltlich mit etwas auseinander zu setzen.

Virtuelle Erlebniskultur



Extrem rechte Foren im Internet

Noch vor einigen Jahren war es in der rechten Szene mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, einen stetigen Informationsaustausch zu gewährleisten. Mit Anbruch des digitalen Zeitalters wird dies jedoch durch die diversen Foren im Internet realisiert.

von Jochen Wecker

Im Gegensatz zu den Internetseiten aus dem extrem rechten Spektrum geht es bei den Foren weniger um die Verbreitung rechtsextremer Propaganda. Sie bilden vielmehr Diskussionsplattformen für diverse Themen. Während die auf den Internetseiten verbreiteten Inhalte in vielen Fällen nach deutschem Recht illegal sind, wird in den in Deutschland ins Internet gestellten Foren darauf geachtet, dass die Beiträge im Rahmen der Legalität bleiben. So unterliegen sie im Forum des „Wikingerversandes" beispielsweise der stetigen Kontrolle der Betreiber, so dass weder die Postings strafrechtliche Relevanz vorweisen, noch illegale Seiten verlinkt werden können.

Anders verhält es sich im „Nationalen Forum", das auf einem amerikanischen Server gelagert ist und somit nicht dem deutschen Recht untersteht. Hier werden nicht nur offen rassistische und neonazistische Seiten verlinkt, sondern in diversen Beiträgen auch Aussagen getätigt, die nach deutschem Recht illegal sind. Somit finden sich hier zum Holocaust beispielsweise Äußerungen wie „Vorrang hat Absolut die Germanisch Arische Rasse und um deren Fortbestand zu sichern muss Judentum und Slawen (oder die Bolschewisten im Osten) beseitigt werden." Analog verhält es sich in diversen anderen Foren. Konzipiert sind diese interaktiven Homepages generell so, dass nur derjenige Beiträge schreiben kann, der sich im Vorfeld registriert hat. Diese Registrierung dient sowohl als Hürde, um missliebige User fern zu halten, als auch der Überwachung der User. So haben die Betreiber des Forums nicht nur die Möglichkeit zu verifizieren, ob einzelne User versuchen, das Forum gezielt durch unnötige Beiträge zu boykottieren und diese dann zu sperren, sondern sie sind (über Umwege) auch in der Lage, die Identität der einzelnen User festzustellen.

Die Betreiber der illegalen Foren sind im Regelfall nicht ermittelbar. Häufig werden die Foren und angeschlossene Webseiten bei kostenlosen Anbietern gelagert, die entweder kaum Informationen von dem Betreiber verlangen oder nicht überprüfen, ob die Angaben der Realität entsprechen.

Die Themengebiete in den Foren sind vielfältig. Diskutiert wird im Grunde über alles. Seien es nun tagespolitische Themen wie die Bundestagswahl: „Es war ja vorauszusehen, dass die NPD so wenige Stimmen bekommt. Erstens wegen dem Verbotsverfahren, welches geschickt vor der Wahl eingefädelt wurde, zweitens bin ich mir sicher, dass viele Stimmen einfach so verschwinden [...]", historische Themen wie der Holocaust und das dritte Reich: „Mich würde mal interessieren was sie damals [im Dritten Reich] genau unter Artverwantem Blut verstanden haben. [...]" (Rechtschreibung im Original), Musik wie Neuerscheinungen und dazugehörige Rezensionen: „Nach schon bisherigen genialen Veröffentlichungen, [...] kommt nun ein vollständiges Album von Odal. Und es ist gewiß nicht minder grandios wie die bisherigen Werke der Band. [...]" oder auch die Anonymität im Internet: „Heil, mit JAP [...] bewegst Du Dich anonym durchs WWW. Deine IP-Adresse wird nicht angezeigt, sondern die des JAP-Servers. [...]". Interessant ist jedoch, dass oft nicht nur abgedroschene Parolen propagiert werden, sondern wirklich sachlich und „fundiert" diskutiert wird.

Zusätzlich werden die Foren in vielen Fällen auch dazu genutzt, Termine und Neuigkeiten bekannt zu geben. Dies betrifft sowohl Fernsehsendungen, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigen, als auch aktuelle Konzerttermine und Veranstaltungen. So befindet sich in der Rubrik Nachrichten und Neuigkeiten im „Nationalen Forum" neben dem aktuellen Stand im Prozess gegen den „nationalen Barden" Frank Rennicke beispielsweise für jeden Tag der Woche eine Auswahl aus dem aktuellen Fernsehprogramm, dass speziell auf die nationale Gesinnung der User zugeschnitten ist.

Wenngleich einige Foren sehr allgemein gehalten sind, so hat doch jedes seinen individuellen Schwerpunkt, der die Betreiber und das Umfeld widerspiegelt wie z.B. das „Nationalen Forum der Freien Nationalisten Nds/Weser Ems" mit seiner Rubrik „Regionales" oder das Forum von „RechtsRock MP3", das sich fast ausschließlich damit beschäftigt, welche MP3s wo und wie zu bekommen sind. Gerade regional gebundene Foren bilden eine wichtige Schnittstelle für Terminabsprachen und Ähnliches innerhalb der Szene, da kein überregionales Forum bisher in der Lage ist, sämtliche Termine, die in den einzelnen Städten anfallen zu erfassen. Hinzu kommt, dass insbesondere die Seiten mit einer lokalen Interaktion in der Lage sind, eine virtuelle Gemeinschaft herzustellen, an der der User leicht partizipieren kann.

Das Spektrum der vorhandenen Foren ist mittlerweile kaum noch überschaubar. Kaum ein Thema, eine politische Abspaltung oder Gruppierung, die nicht auch auf ein speziell darauf ausgerichtetes Forum zurückgreifen kann. In diesem Zusammenhang erfüllen virtuelle Foren nicht nur den Zweck des reinen Informationsaustausches, sondern dienen zusätzlich der Bestätigung und / oder Verfestigung extrem rechter Ideologien durch eine virtuelle Erlebniskultur.

Geld stinkt nicht?!?

Beim Stöbern im neonazistischen „Nationalen Forum" - mit knapp 1.000 registrierten Nutzern das derzeit größte Sammelbecken der Internetnazis - drängt sich bisweilen die Vermutung auf, dass mancher aus allem Kapital zu schlagen versucht. So hat dort „Erlkönig" alias der Journalist Burkhard Schröder, der seit Juli diesen Jahres virtuell an diesem Milieu partizipiert, mittlerweile einen einer „Werbeanzeige" gleichenden Beitrag in das Forum eingestellt. Mit diesem offeriert er den Neonazis das von ihm verfasste „seit langem vergriffene Buch Neonazis und Computernetze" im PDF-Format zum Download für 50 Cent ebenso wie sein Buch „Der V-Mann". Schröder, laut eigenen Angaben im braunen Diskussionsbereich „Kosmopolit deutscher Herkunft" im Sinne von Karl Marx und Rosa Luxemburg, schließt seine Beiträge gewöhnlich mit einem Tucholsky-Zitat von 1919 („Der Feind steht rechts") - „Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft" wäre mittlerweile wohl weitaus zutreffender.

RechtsRock.com

Das Internet als Lieferant rechter Musik

Wie wohl kaum ein anderes Medium hat das Internet im Bereich RechtsRock dazu bei getragen, die Musik populärer zu machen. Mittlerweile hat sich rund um die RechtsRock-Szene ein Internetangebot entwickelt, das dem des Mainstreambereichs in kaum etwas nachsteht.

von Jochen Wecker

Seit dem Boom des Internets in den 1990er Jahren existiert wohl kaum eine populäre Band, die keine eigene Webseite hat. Auch viele unbekanntere Bands sind im Web mit einer eigenen Präsenz vertreten. Ähnlich verhält es sich auch bei Gruppen aus dem Bereich RechtsRock. Diverse Bands dieses Spektrums können mittlerweile mit einer eigenen Homepage aufwarten, auf denen ihre Geschichte und die veröffentlichten CDs vorgestellt werden. Auch einige unbekanntere Musiker versuchen, das Medium Internet dazu zu nutzen, innerhalb der Szene populärer zu werden. Eine Besonderheit in diesem Zusammenhang ist wohl die Debüt-CD der Band „Sturm 18". Mit Hilfe des Webs gelang es ihnen, ihre CD bereits zu verbreiten, als diverse Versände noch nichts von der Existenz einer Band dieses Namens wussten.

Doch auch die Versand-Firmen konnten sich durch das Medium Internet weiter etablieren. Mittlerweile besteht bei vielen von ihnen die Möglichkeit CDs, Bekleidung oder diverse andere Accessoires bequem online zu bestellen.

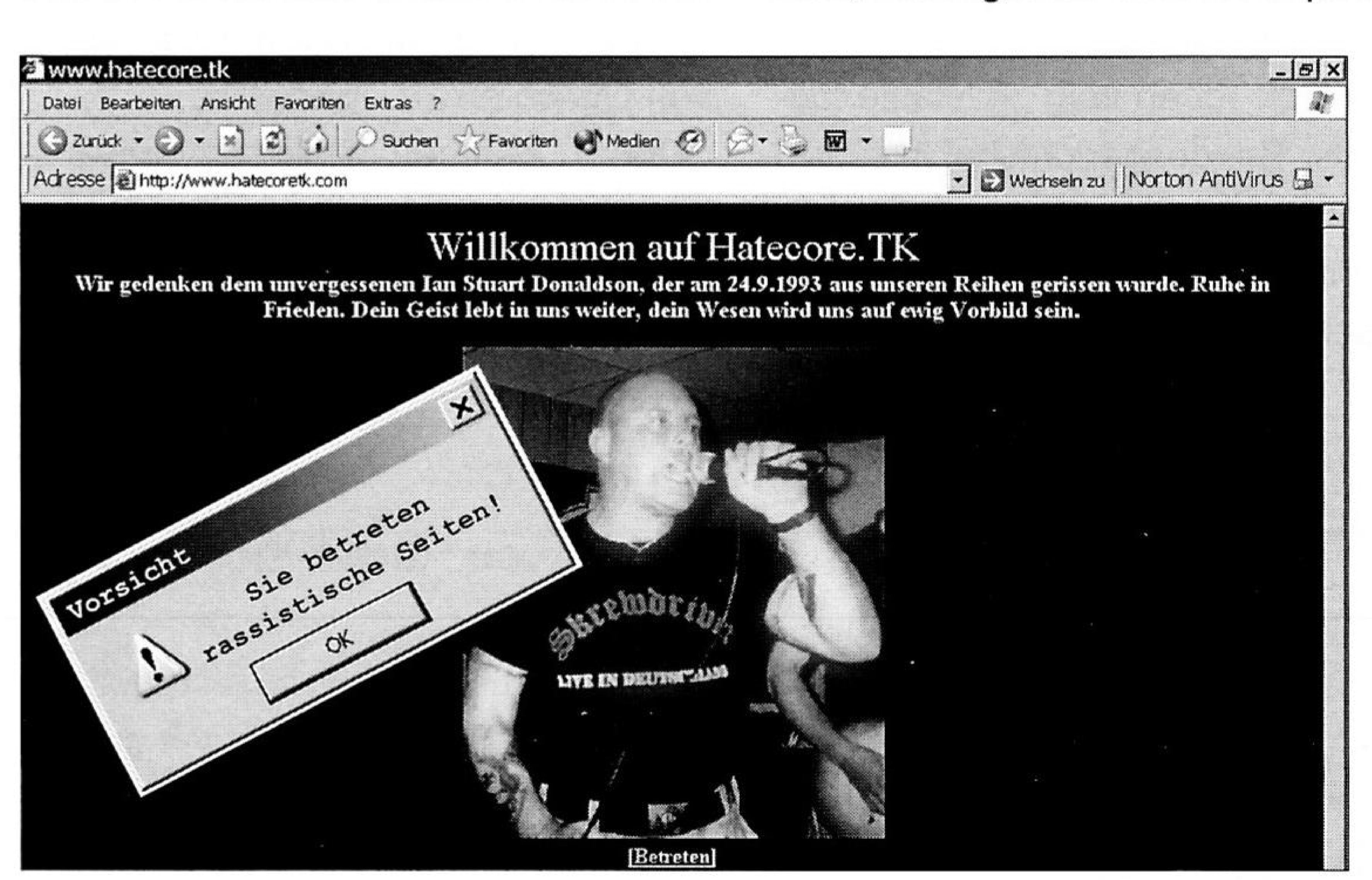
Neuerschienene CDs werden sowohl in diversen Foren besprochen, als auch in Portalen rezensiert. Eines dieser Portale, das sowohl umfangreiches Informationsmaterial, als auch Rezensionen, Verweise und Konzertberichte bereitstellt, ist „hatecoretk". Seiten dieser Art ermöglichen nicht nur einen schnellen Zugriff auf Homepages diverser Bands oder szenegebundener Seiten, sondern liefern auch eine einfache Einstiegsmöglichkeit in die Szene an sich.

Spätestens seit der Klage der Musikindustrie gegen die Internettauschbörse „Napster" ist die illegale Verbreitung von Musik über das Internet in aller Munde. Dies betrifft vor allem den Bereich RechtsRock. Die Angebote und Möglichkeiten, über das Internet an rechte Musik welcher Art auch immer zu gelangen, sind dabei äußerst vielfältig. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich jene Stücke und Alben, die in Deutschland indiziert oder verboten wurden, wie beispielsweise die CD „Nur für Euch" von der Band „A.d.F.". Diverse Internetseiten, wie „Hatecore 14/88", „RechtsRock MP3" oder „WPMP3" haben sich auf eben diesen Bereich spezialisiert und bieten den Usern diese Stücke zum Download an. Während es vor einiger Zeit allerdings noch vollkommen problemlos möglich gewesen ist, sich RechtsRock von diesen Internetseiten herunterzuladen, haben die meisten Anbieter ihren Service mittlerweile dahingehend umgestellt, dass die Alben nur noch über einen so genannten Memberbereich erreichbar sind. Dies liegt mitunter auch daran, dass es zunehmend komplizierter wird Speicherplatz für MP3-Dateien zu finden, da die meisten Provider das Hochladen von MP3s von vornherein untersagen oder aber die tägliche Menge an herunterladbaren Megabytes beschränken. Mit den Memberbereichen werden diese Problematiken nunmehr umgangen, da nur diejenigen Zutritt erlangen, die auch selbst MP3s hochladen. Für alle anderen User bleibt daher häufig nur ein kleiner Bereich offen, in dem sie wie beispielsweise bei der Internetseite „RechtsRock MP3" das so genannte „Album der Woche", wie jüngst den Sampler „Rock für's Reich", herunterladen können.

Eine andere Möglichkeit, RechtsRock-MP3s über das Internet zu beziehen, bieten diverse Chatprogramme, die auch den Austausch von Daten als Feature beinhalten. So richteten die Betreiber der rechten Internetseite „Hatecore 88 MP3 Server" in dem Programm „MIRC" einen „Channel" ein, über den direkt mehrere hundert Alben bezogen werden können.

Wesentlich einfacher gestaltet sich die Beschaffung von RechtsRock-MP3s über die diversen Internettauschbörsen wie „WinMX", „Kazaa" oder „Morpheus". Die Suche nach Bands wie „Landser" oder „Kraftschlag" erzielt dabei meist ähnlich viele Treffer wie bei der Suche nach Bands aus dem Mainstreambereich.

Teilweise werden die Stücke jedoch auch direkt per E-Mail, Mailinglisten oder auch private FTP-Server getauscht, was im Hinblick auf die Repressalien gegenüber den Betreibern illegaler Tauschbörsen oder MP3-Seiten den Vorteil hat, dass diese Möglichkeiten nicht durch die Abschaltung eines zentralen Servers stillgelegt werden können.



Doch gerade die Verbreitung von RechtsRock im Internet wird nicht nur allgemein äußerst kritisch betrachtet, sondern auch szeneintern durchaus kontrovers diskutiert. Bereits im Jahr 2000 erschien in dem RechtsRock-Fanzine „Rock Nord" ein Artikel mit dem Titel „MP3: Revolutionäre Chance oder Todesstoß für den patriotischen Musikmarkt?". Hier wurde vor allem darauf eingegangen, in welchem Verhältnis das Herunterladen von RechtsRock zum Verkauf der veröffentlichten CDs steht, und ob der Szene damit eher geschadet oder die Verbreitung der Musik evtl. gefördert wird. Ähnliche Diskussionen finden sich auch in diversen Internet-Foren immer wieder. Im Wesentlichen geht es hierbei jedoch um die „Problematik", dass auch diverse legal erhältliche RechtsRock-CDs über das Internet verbreitet werden.

Die bisherigen Repressalien gegenüber einzelnen Internetseiten und / oder Providern zogen nach sich, dass die Betreiber gezwungen waren, sich neue Anbieter im Ausland zu suchen. Und auch die Strafverfolgung deutscher User veränderte ihr Agieren im Internet. Sie sind mittlerweile vorsichtiger geworden, wenn es darum geht, illegale MP3s zu tauschen. Doch nach wie vor ist das Internet wohl der einfachste Weg, RechtsRock bequem zu beziehen.

Auschwitz-Leugnung im Internet

Bekanntermaßen nutzen neofaschistische Geschichtsrevisionisten seit vielen Jahren das Internet zur Verbreitung ihrer Lügen, besonders zur Leugnung der Massenvernichtung in Auschwitz.

von Bernd Kant

In den USA tätige Geschichtsrevisionisten wie Ernst Zündel, Mark Weber vom „Institute for Historical Review" und andere sind im Internet aktiv. Neben Hunderten von privaten Seiten gibt es gut drei Dutzend Anbieter, die sich fast ausschließlich um dieses Thema mit einem sehr umfangreichen Angebot kümmern.

Europäische Geschichtsrevisionisten stellen im Umfeld von „Vrij historisch onderzoek" (Berchem, Belgien) und „Castle Hill Publishers" (Hastings, GB) ihre Auschwitz leugnenden Thesen bereit, und zwar in gedruckten Publikationen, wie den „Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung" (VffG), sowie über das Internet, da auf Grund der strafrechtlichen Verfolgung der Auschwitzleugnung eine massenhafte Verbreitung solcher Pamphlete im deutschsprachigen Raum ausgeschlossen ist. Doch die angeblich juristisch sichere Verbreitung über das Internet hat in den vergangenen Jahren Rückschläge erlitten.

Im Fall des Australiers Fredrick Toben vom „Adelaide Institute" urteilte im Jahr 2000 der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil: Wer vom Ausland aus die so genannte Auschwitz-Lüge über das Internet verbreitet, kann wegen Volksverhetzung in Deutschland bestraft werden. Eine solche Tat sei „geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören", hieß es zur Begründung (Az. 1 StR 184/00).

Es reicht also nicht, solche Thesen von einem ausländischen Provider ins Netz zu stellen, um juristisch unangreifbar zu sein. Deutsche Neonazis, wie Germar Rudolf und andere, wanderten daraufhin ins „europäische Exil" ab und versuchten über andere Kanäle, ihre Thesen zu publizieren. Doch der David Irving-Prozess und das vernichtende Urteil für den Geschichtsrevisionisten machte deutlich, dass es in Europa schwerer geworden ist, sich auf „free speech" berufend solche Leugnungen mit Billigung von Gerichten zu verbreiten.

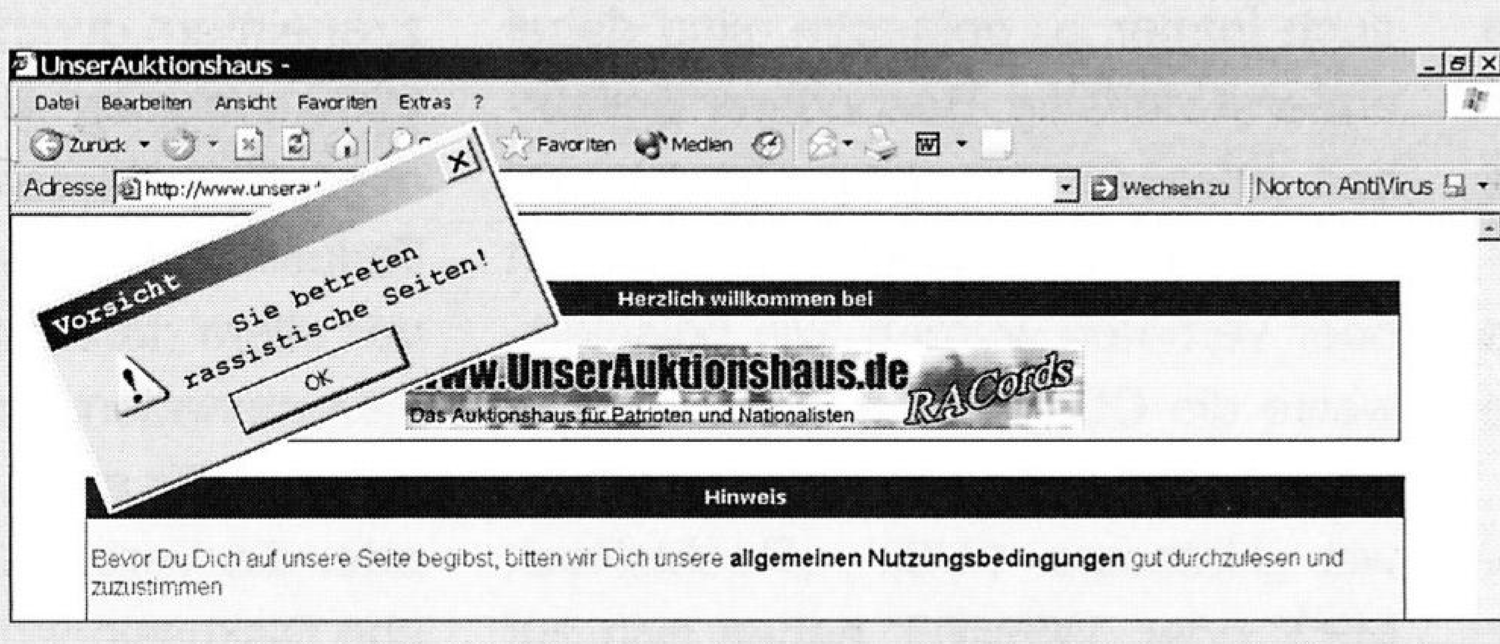
Daher weichen Geschichtsrevisionisten immer wieder auf Provider in den USA und – zunehmend – in osteuropäische Ländern aus. Hofft man doch dort, unbelästigt zu sein. So auch die „verbotenen Wahrheiten", die unter dem Pseudonym „Cara Verdat" (was, wenn es richtig geschrieben wäre, „sehe die Wahrheit" bedeuten würde) über das Netz verbreitet werden. Gleichzeitig versucht man durch einen „redirection Service" die eigentliche Host-Adresse zu verbergen.

Aktuell ist festzuhalten, dass die Zahl der Angebote nicht abgenommen hat. Geschichtsrevisionistische Standardwerke von Faurisson, Graf, Rassinier, Stäglich oder Walendy aus dem „Grabert-Verlag" können aus dem Netz geladen werden. Ihr geschichtspolitischer Einfluss ist jedoch zurückgegangen. Das Verbot der Auschwitzleugnung und seine juristische Durchsetzung bewirken, dass rechtskonservative Historiker wie ehemals Joachim Hoffmann, Karlheinz Weißmann und Ernst Nolte immer weniger bereit sind, offen Auschwitz leugnende Thesen zu vertreten. Jüngere Historiker rechter Couleur sind nicht bereit, ihre Karriere für solche – juristisch verbotenen – zweifelhaften Thesen aufs Spiel zu setzen.

Auktionen für Nazi-Fans

von Rudolf Kleinschmidt

Online-Auktionshäuser sind Internet-Plattformen, die das potentielle (Ver-)Kaufen aller nur denkbaren Artikel ermöglichen – inklusive dem privaten braunem Devotionalienkleinhandel. „eBay", das Größte der Online-Auktionshäuser, geriet bisher mehrfach in die Schlagzeilen, weil immer wieder versucht wird, dort Nazi- und Neonazi-Artikel zu versteigern.



Allerdings ist „eBay" bemüht, den Verkauf dieser zu unterbinden - die Geschäftsbedingungen verbieten daher den Verkauf von „Artikeln mit Bezügen zum Nationalsozialismus, gewaltverherrlichenden, indizierten oder beschlagnahmte Artikeln". Eine eigene „Marktplatz-Polizei" soll verbotene Auktionen löschen, ein wortbasiertes Filtersystem soll für zusätzlichen Schutz sorgen. Die Unterdrückung von Angeboten mit Worten wie „Hakenkreuz", „Hitler", „Führer" oder „Jude" führt zwar dazu, dass entsprechende neonazistische Artikel mit diesen Worten nicht mehr in den Auktionen direkt zu finden sind – ebenso wenig allerdings wie Ian Kershaws Hitlerbiographie oder Kurt Pätzolds Buch „Hakenkreuz und Totenkopf", und selbst der Beatles-Titel „Hey Jude" fällt diesem zum Opfer. Nach wie vor zu ersteigern sind allerdings diverse rechte CDs und Tonträger, die nicht indiziert sind, aber auch antisemitische Werke wie die „Protokolle der Weisen von Zion" oder die beschlagnahmten „Geheimgesellschaften" des rechtsextremen Esoterikers Jan Udo Holey (alias Jan van Helsing), deren Verkauf in Deutschland strafbar ist. Während bei „eBay" rechtsextreme Auktionen einen verschwindenden Teil darstellen, verfügt die Szene mit „unserem Auktionshaus" seit November letzten Jahres über eine eigene Internet-Auktionsplattform, betrieben vom rechtsextremen Label „RACords". Die anfangs auf Alexander Herr aus dem schwäbischen Waiblingen registrierte Domain ist mittlerweile auf Sascha Deuerling mit einer Stuttgarter Postfachadresse angemeldet. Hier dreht es sich fast nur um rechtsextreme Devotionalien, vor allem Tonträger wie z.B. von „Ultima Thule", „Radikahl" oder „Sturmtrupp". Mittlerweile werden laut Betreiberangaben Auktionen nur noch nach einer vorherigen Prüfung auf Gesetzesverstöße online gestellt. Über 200 Auktionen und über 500 registrierte Mitglieder finden sich bei „unser Auktionshaus". Bedeutsamer als die Auktionen selbst ist dagegen das Forum, denn anders als im „gefilterten" Auktionsbereich tauschen hier knapp 200 registrierte Benutzer, vielfach mit eindeutigen Namen wie „Hatecore", „Panzermayer", „Masterrace" oder „H88ligan" Informationen, Tipps und Kontakte aus. Was offiziell nicht zu bekommen ist, lässt sich hier rasch klären.

Aufrecht an der Seite des Mannes

Rechte Netzangebote für Frauen

Eine Teilgruppe der rechten Szene, die bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus häufig vergessen wird, sind rechte Frauen - immer noch dominiert das überholte Klischee des kahlrasierten „Stiefelnazis". Die Literatur zum Thema rechtsextreme Nutzung des Internets bildet da keine Ausnahme, aber auch im Internet existieren spezielle Angebote für „nationalgesinnte" Frauen.

von Susanne Fischer

Online finden sich so unterschiedliche Organisationen wie der „Bund heimattreuer Frauen", der „Freie Mädelbund", die „volkstreue Frauen- und Familienseite Storchennest", die „Wiener akademische Mädelschar Freya", die Frauen innerhalb der „Fränkischen Aktionsfront", die rechte Frauenzeitschrift „Triskele" oder die „Gemeinschaft deutscher Frauen". Die unterschiedlichen Angebote eint völkische, rassistische und antisemitische Argumentation, Verherrlichung der Mutter und zumeist Beschäftigung mit heidnischen Bräuchen.

Die Netzauftritte von „Triskele" und der „Gemeinschaft deutscher Frauen" (GDF) sollen hier exemplarisch genauer vorgestellt werden. „Triskele" publiziert auf der „die-kommenden" Plattform, die mit antifaschistischer Ästhetik speziell Anti-Antifa-Inhalte verbreitet. Die „Triskele"-Seiten, Online-Auftritt der gleichnamigen Zeitschrift, sind dagegen altbacken in braun mit Runen und zum Teil altdeutscher Schrift gestaltet. Auch die GDF, die von ehemaligen Funktionärinnen des „Skingirlfreundeskreis Deutschland" - aufgelöst im Jahr 2000 - gegründet wurde, verwendet ein Runen-Logo und präsentiert sich eher schlicht, aber recht ausführlich. Angemeldet ist die Domain auf eine Michaela Zanker aus Berlin, die auch als System-Administratorin registriert ist. Inhaltlich repräsentiert sie die üblichen Internetangebote für bzw. von Rechtsextremen. Frauen seien für die Erhaltung „der weißen Rasse" verantwortlich und ihre Bestimmung sei



das Kindergebären. So wird auf den „Triskele"-Seiten verkündet: „Wenn es auch nicht immer der Kampf auf der Straße ist, so erfüllt sie doch daheim ihre Pflicht als deutsche Mutter." Unter der Rubrik „Mutter & Kind" heißt es weiter: „Die Arbeit ehrt die Frau wie den Mann, das Kind aber adelt die Mutter." Die GDF wird deutlicher: „Nur gemeinsam wird die Rettung der deutschen Mutter und der deutschen Lebensart, die Erhaltung des deutschen Volkes möglich sein. Nicht zuletzt aus diesen Gründen, wollen wir unsere Mädchen und Frauen bilden und schulen, um sie ihrer Aufgaben bewußt zu machen."

Auf ihren Seiten finden sich zahlreiche nationalistische Aussagen, beispielsweise positive Bezüge auf die Begrifflichkeiten „Heimat, Vaterland und Volk". Die GDF mahnt: „So wie ihre germanische Vorfahrin, muß auch sie [die Frau, Anm. d. V.] in der heutigen Zeit ihre Pflicht erfüllen und ihren Dienst am Volk verrichten." Auch territoriale Ansprüche auf „Ostgebiete" werden gestellt. Die GDF veröffentlicht unter der Rubrik „Berichte" das Portrait einer „tapferen Frau" des zweiten Weltkrieges, in dem das Gebiet „Ostpreußen" als deutsch angesehen wird: „Ob und wo sie beerdigt oder in einem Massengrab beigesetzt wurde, wie Tausende ostpreußische Frauen, die den Russen in die Hände fielen, haben wir nie erfahren. Wir wissen nur, sie liegt in ostpreußischer Erde, Heimaterde...!"

Heimatverbundenheit und germanisches / heidnisches Brauchtum spielen eine wichtige Rolle - die Frau als Hüterin der Kultur sei verantwortlich für die Wahrung „ursprünglich deutscher" Feste und Riten. So wird im Internet über die einzelnen Feste wie „Sonnenwende" und „Walpurgis" aufgeklärt und über gemeinsame Feste berichtet. Die GDF berichtet z.B. über die regelmäßigen bundesweiten und regionalen Treffen, auf denen germanischer Schmuck gebastelt wird und Volkstänze geprobt werden. Eine Teilnehmerin erklärt, dass sie aus den gemeinsamen Tänzen Kraft für den Kampf schöpft. Gemeinschaft ist ein weiteres wichtiges Schlagwort auf den rechten Seiten für und von Frauen.

Zusätzlich zu Berichten und Propagandatexten werden vereinzelt interaktive Angebote (Chats, Gästebücher, Kleinanzeigen) bereitgestellt. Die GDF-Diskussionsforen und das Gästebuch werden relativ häufig frequentiert, Letzteres vor allem für Partnerschaftsanzeigen, zum Teil mit Handynummern. Da schreibt zum Beispiel ein „anti-antifa88": „heil euch! ich finde es sehr gut, dass ihr uns kameraden zur seite steht! ich suche noch eine deutsche frau! sie sollte kochen können und blonde haare, sowie germanisch aussehen! die weiber von heute kann man ja nicht mehr ansprechen- die sind ja alle gleich so emanzenmäßig!!!!"

Wie häufig die Seiten von wem besucht werden, kann nicht gesagt werden. Viele wenden sich vorrangig an rechte Frauen. Die GDF richtet sich sowohl an „politisch aktive oder interessierte Frauen, Mütter, junge unerfahrene Mädels, als auch Skingirls". Die Aktivistinnen der Straße sollen ebenso wie die nationalen Frauen am Herd angesprochen werden.

Zusammengefasst können die Ziele von rechtsextremen Netzseiten für Frauen unterteilt werden in Außenwirkung, also der Verbreitung von rechten Inhalten und der Gewinnung von Aktivistinnen, und Binnenwirkung. Es wird dort versucht, die Diskussion um die Rolle als Frau in der rechten Szene zu führen und den Politisierungsprozess innerhalb der Szene zu befördern. Weiterhin soll die eigene Position (der speziellen Gruppe / Organisation oder von aktiven Frauen insgesamt) in der Bewegung gestärkt werden. Hierin unterscheiden sie sich von den allgemeinen bzw. männlichen Angeboten im Internet. Frauen organisieren sich innerhalb der rechten Szene miteinander und nutzen dafür selbstverständlich auch das Internet, mit dem sie ihren Bekanntheitsgrad erhöhen können wie mit keinem anderen Medium.

Gegeninformationen im Internet

Die Initiative IDGR

Seit Januar 2000 existiert der „Informationsdienst gegen Rechtsextremismus" (IDGR) von Margret Chatwin, welcher auf seiner Homepage *www.idgr.de* über rechte Gruppierungen von der „Grauzone" bis hin zu ausgesprochen rechtsextremen Organisationen berichtet. Im Mittelpunkt der Seite steht das umfangreiche „Online-Lexikon Rechtsextremismus".

Das Interview für die Zeitschrift Der Rechte Rand führte Christian Dornbusch.

Der Rechte Rand: Seit Mitte der 1990er Jahre existieren in den USA bereits Initiativen wie beispielsweise das Nizkor-Projekt, das gezielt auf Gegeninformationen gegen Neonazis im Internet setzt. Orientierten Sie sich mit der Gründung von IDGR an bestehenden Vorbildern?

Margret Chatwin: Als ich etwa 1992 zum ersten Mal die Möglichkeiten der Internet-Kommunikation und insbesondere das Usenet entdeckt hatte, war ich sehr rasch auf zahlreiche Holocaustleugner und Antisemiten gestossen, die sich dort tummelten. Ich reagierte fassungslos ob der Lügen. Aber ebenso rasch stieß ich auf Ken McVay und sein Nizkor-Projekt, der im Usenet argumentiv durch hervorragend aufbereitetes Material dagegenhielt und dessen Strategie im Umgang mit den Holocaust-Leugnern mich sehr beeindruckt hatte. Eine Zeit lang war ich selbst beim Nizkor-Projekt aktiv. Im Laufe der Zeit eignete ich mir immer mehr Wissen zum Thema Rechtsextremismus, rechtsextreme Autoren, Funktionäre etc. an und verfasste verschiedene Beiträge, die ich als Erwiderung im Usenet veröffentlichte. Einige Teilnehmer fragten mich 1998 dann, ob ich die Beiträge nicht auf Webseiten präsentieren wollte. Daraus entstand 2000 schließlich die Internet-Präsenz mit eigener Domain.

DRR: Sind die Adressaten Ihres Angebotes generell alle, die irgendwie mit der Thematik konfrontiert sind, oder möchten Sie speziell Multiplikatoren wie Lehrer, Jugendarbeiter und Journalisten ansprechen?

M.C.: In erster Linie geht es mir darum, die Informationen, die in zahllosen Printmedien abgedruckt sind, im Internet in kondensierter, gut lesbarer Form zugänglich zu machen. Natürlich geht es auch darum, rechtsextremen Websites nicht das Terrain zu überlassen. Was die Platzierung von IDGR in Suchmaschinen betrifft, hat sich der ganze bisherige Aufwand durchaus gelohnt. Eine definierte Zielgruppe gibt es allerdings nicht. Im lexikalischen Teil habe ich mich beispielsweise bemüht, möglichst allgemein verständlich und knapp die wichtigsten Begriffe, Organisationen etc. zu beschreiben. Dazu gibt es bei fast allen Lexikoneinträgen Hinweise auf weiterführende Literatur. Daher denke ich, dass die Seite sowohl für Lehrer und Journalisten als auch Schüler und interessierte Bürger geeignet ist.

DRR: Wer sich gegen Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit positioniert, sieht sich häufig mit verbalen und auch physischen Angriffen von Neonazis konfrontiert. Sind Sie mit solchen Attacken bereits konfrontiert gewesen?

M.C.: Selbstverständlich gehen bei mir immer wieder Drohungen per E-Mail ein, darunter auch Morddrohungen. Aber am häufigsten sind Beschimpfungen, mit deutlich sexistischem und antisemitischem Unterton. Zeit und Kraft raubender sind allerdings juristische Auseinandersetzungen, mit denen ich mich seit etwa einem Jahr konfrontiert sehe. Meist geht es dabei um Unterlassungsklagen. Vor allem verschlingen solche Prozesse viel Geld. Da ich mit IDGR leider auf keine großzügigen und wohl wollenden Sponsoren zurückgreifen kann, überlege ich gerade, das Projekt in eine andere, organisatorische Form zu transformieren. Um das Portal in bisherigem Umfang fortzuführen, brauche ich einen Stab kompetenter Helfer, die mich bei der redaktionellen Arbeit entlasten. Und ohne einen versierten Medienrechtler wird es zukünftig wohl auch nicht mehr gehen.

DRR: Abschließend möchte ich Sie noch fragen, wie Ihres Erachtens eine sinnvolle antifaschistische Arbeit im Internet oder mit dem Internet aussehen kann?

M.C.: Für wichtig erachte ich vor allem Aufklärung über historische Fakten und über die ideologischen Grundlagen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Und diese Informationen müssen im Netz zu finden sein. Dieses Konzept hat sich als eine wirksame Waffe gegen die Bemühungen rechtsextremer Netzaktivisten erwiesen. Erwähnen möchte ich noch eine hervorragendes Beispiel für sachbezogene antifaschistische Arbeit: die Website „Holocaust-Referenz", *www.h-ref.de*, von Jürgen Langowski. Seit vielen Jahren schon zerpflückt er beharrlich die geschichtsverfälschenden Behauptungen der Holocaustleugner im Usenet, bietet fundierte Aufklärung und gibt den Internet-Nutzern Argumente an die Hand. Aufklärung halte ich für den wichtigsten Teil antifaschistischer Arbeit.

Links gegen Nazis im Internet (Auswahl):

** Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung D.I.R. e.V. (www.uni-marburg.de/dir) - sammelt Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften, bietet wissenschaftliche Hintergründinformationen, listet Termine und Selbstdarstellungen von Projekten auf und liefert aktuelle Nachrichten per Mailingliste*

** Anti-Defamation League (www.adl.org) - eine weltweit aktive Organisation gegen den Antisemitismus und für die Bewahrung der Menschenrechte. Umfangreiche Text- und Nachrichtensammlung*

** Nadir (www.nadir.org) - Zusammenschluss verschiedener linker Initiativen. Umfangreiches, thematisch geordnetes Adressbuch, Newsletter, gute Suchmaschine*

** shoah.de (www.shoah.de) - Internetportal zum Themenkomplex Shoah/Nationalsozialismus mit umfassender Linksammlung. NutzerInnen können Fragen an ein Expertenteam stellen*

** Nazis raus aus dem Internet (www.nazis-raus-aus-dem-internet.de) – seit August 2000 laufende PDS-Initiative, die dazu auffordert, mit einem antifaschistischen Banner auf der eigenen Webseite klar Position zu beziehen gegen Nazis im Internet*

** Recht gegen Rechts (www.rechtgegenrechts.de) - klärt über die Gesetzeslage im Zusammenhang mit Rechtsextremismus auf*

** Linkliste der VVN-BdA (www.vvn-bda.de/bund/links.html) - umfangreiche Linkliste zu antifaschistischen Webadressen und wichtigen Informationsquellen*

** Aktion Kinder des Holocaust (www.akdh.ch) - Organisation, die ein Online-Meldeformular für rechtsextreme Webseiten hat und aktiv gegen Naziseiten im Internet vorgeht*

** haGalil e.V. (www.hagalil.com) - Größter jüdischer Onlinedienst in Europa. Umfangreiche Text- und Nachrichtensammlung zu den Themen Antisemitismus und Judentum, Online-Meldeformular für rechtsextreme Webseiten*

Anschläge auf die Erinnerung

Gedenkstätten als Zielobjekte neofaschistischer Gewalt

Während es in den vergangenen Monaten in der überregionalen Presse in Hinblick auf neofaschistische Gewalt erstaunlich ruhig geworden ist und man nur selten Kurzmeldungen zu faschistischen Übergriffen oder anderen Gewalttaten findet, sieht die Realität anders aus.

von Ulrich Schneider

Wer die regionale Presse betrachtet, muss feststellen, dass die neofaschistische Gewaltbereitschaft nicht nachgelassen hat. Zu einem besonderen Ziel haben sich antifaschistische Gedenkorte und jüdische Friedhöfe – besonders in den neuen Bundesländern – entwickelt. Dies sind jedoch keine neuen Ziele, wie ein kurzer Blick auf die vergangenen Jahre zeigt: Allein im Juni 2000 meldeten die Zeitungen die Schändung eines sowjetischen Soldatenfriedhofs in Rosswein im Kreis Döbeln (Sachsen), die Beschädigung des Mahnmals für die deportierten Juden in Brandenburg sowie den Raub einer Gedenktafel, die zur Erinnerung an die Befreiung des NS-Konzentrationslagers Wöbbelin im Landkreis Ludwigslust durch amerikanische Truppen aufgestellt worden war. Auch wenn die Tafel wenige Tage später in einem Bassin gefunden werden konnte, war das Ziel offenkundig. Am 22. Oktober des gleichen Jahres wurde die Gedenkstätte Wöbbelin erneut geschändet. In dieser Gedenkstätte und im Bereich des Mahnmals für die Opfer des KZ Ravensbrück in Barth wurden Hakenkreuze, SS-Runen, sog. Keltenkreuze und Schriftzüge wie „Gedenkt die deutschen Helden und nicht die Dreckjuden" (Rechtschreibung im Original, d.Verf.) und „Sieg Heil, Front Dora" gesprüht.

Dies setzte sich im letzten Jahr fort. Wie das Innenministerium in Schwerin bestätigte, wurden in Mecklenburg-Vorpommern über 40 antisemitische Anschläge und andere Straftaten mit neofaschistischem Hintergrund gezählt.

Die Gedenkstätte Wöbbelin blieb das Ziel neofaschistischer Aggression. Im Februar diesen Jahres beschädigten Neonazis eine Gedenktafel, wobei sie von den auf dem Denkmal abgebildeten Figuren Teile abschlugen und das gesamte Relief mit einem 1,10 mal 1,10 Meter großen Hakenkreuz in roter Farbe besprühten. Am selben Tag wurde auch das Mahnmal „Die Mutter" in Raben Steinfeld und der jüdische Friedhof in Boizenburg durch Hakenkreuzschmierereien beschädigt. Als besondere Geschmacklosigkeit hinterließen die Täter in allen drei Einrichtungen abgetrennte Schweineköpfe.



Die geschändete Gedenkstätte Wöbbelin

Diese Bilanz lässt sich bruchlos bis heute fortschreiben: Im März diesen Jahres waren in Rostock und auf drei Berliner Jüdischen Friedhöfen Schmierereien und Schändungen zu registrieren, Mitte März sogar ein Sprengstoffattentat auf den Friedhof der jüdischen Gemeinde in Berlin-Charlottenburg.

Ihre Feindschaft zum Antifaschismus dokumentierten sie durch Gewalttaten gegen sowjetische Ehrenmale und antifaschistische Gedenkstätten, so in Berlin Marzahn, in Ahlbeck (Mecklenburg-Vorpommern), in Woltersdorf (Brandenburg), das jüdische Mahnmal in Berlin-Tiergarten oder das OdF-Mahnmal in Bischofswerda, das mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert wurde. In Frankfurt/Oder griffen sie die Porträtbüste von Ernst Thälmann in Frankfurt/Oder an und versenkten die Büste in der Oder. Interessant war die Resonanz von CDU-Vertretern auf die Schändung. Man müsse überlegen - so die CDU - , ob Geld für die Restaurierung eines Denkmals für einen Kommunistenführer ausgegeben werden solle – dies ist schon mehr als eine „klammheimliche Freude" über den faschistischen Anschlag.

Einem unrühmlichen Höhepunkt erreichten diese Nazigewalttaten Ende August/ Anfang September diesen Jahres. Am 28. August wurde der jüdische Gedenkstein in Löcknitz (Uecker-Randow-Kreis, Sachsen) mit blauer Farbe besprüht. Eine Woche später vergingen sich Neonazis erneut an der Gedenkstätte Wöbbelin, indem sie faschistische Symbole auf das Sandsteinrelief sprühten. Wenige Tage später fand die Polizei auf den jüdischen Friedhöfen in Grevesmühlen und in Bützow (Mecklenburg-Vorpommern) Hakenkreuze und SS-Runen auf den jüdischen Grabsteinen. In der selben Woche beschmierten neofaschistische Täter die Gedenkstätte für die Nazi-Opfer im Belower Wald in Brandenburg durch Hakenkreuze und zündeten zwei Brandsätze, bei denen einer von zwei Ausstellungsräumen in der Gedenkstätte, die für die Opfer des Todesmarsches aus dem KZ Sachsenhausen im Frühjahr 1945 errichtet wurde, ausbrannte.

Gegen diesen Anschlag demonstrierten nach einem Aufruf des Wittstocker Aktionsbündnisses für Toleranz rund 500 Menschen, darunter viele Jugendliche mit Plakaten: „Jetzt reicht es".

Interessant ist das Verhalten der Ermittlungsbehörden. Man gesteht zwar ein, dass es in Wittstock eine starke rechtsextreme Szene gibt, die immer wieder auch landesweit für Schlagzeilen sorge, doch traue man den „dumpfen Skinheads" aus Wittstock eine solche Tat gar nicht zu. Dagegen würden die exakten Planungen und Geschichtskenntnisse der Täter sprechen - der Belower Anschlag erfolgte einen Tag vor Beginn des jüdischen Neujahrsfestes Rosch ha-Schana. Besser organisiert sei der benachbarte Kreis Ludwigslust. Das Schweriner Innenministerium bestätigte, dass dort die „Freien Nationalisten" besonders aktiv seien, ein Zusammenschluss von Rechtsextremen und Kameradschaften in Norddeutschland.

Statt die politische Verantwortung zwischen den Bundesländern zu verschieben, ist es notwendig sich für den Schutz und den Erhalt von Gedenkstätten und jüdischen Friedhöfen einzusetzen. In der politischen Einbindung von Gedenkstätten in die antifaschistische Arbeit besteht die Möglichkeit gesellschaftliche Gegensignale gegen Neofaschismus und Rassismus zu setzen.

Flop für Hupka und Co

Aufmarsch gegen die „Wehrmachtsausstellung“ in München

Nur rund 500 Neonazis folgten dem Aufruf von Steffen Hupka, mit einem Aufmarsch in München erneut gegen die so genannte „Wehrmachtsausstellung“ zu demonstrieren. Weit kamen sie diesmal allerdings nicht: Schon nach wenigen hundert Metern wurde der Zug von mehreren tausend GegendemonstrantInnen gestoppt.

von Liane M. Dubowy

Während rund 5.000 Neonazis am 1. März 1997 den größten Aufmarsch dieser Art in Deutschland seit den 1970er Jahren durchführen konnten, fanden sich diesmal nur rund 500 Neonazis in der bayerischen Hauptstadt ein, um gegen die überarbeitete Ausstellung, die jetzt den Titel „Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ trägt, zu demonstrieren. Aufgerufen hatte eine „Bürgerbewegung gegen die Wehrmachtsausstellung“ unter der Führung von Steffen Hupka und Christian Worch, der letztendlich auch als Versammlungsleiter fungierte, nachdem das für die Anmeldung zuständige Kreisverwaltungsreferat (KVR) den Neonazis nahe gelegt hatte, auf Steffen Hupka als Anmelder zu verzichten, um kein Verbot zu riskieren.

Aber auch der Münchner Martin Wiese war vom KVR verschmäht worden. Vielleicht weil Wiese einer der Veranstalter der Geburtstagsfeier im Januar letzten Jahres gewesen war, in deren Verlauf ein Grieche von Skinheads angegriffen und schwer verletzt wurde. Schließlich war der Übergriff, ebenso wie der darauf folgende Prozess gegen Christoph Schulte, Maria Anna von Papen, Dominic Brodmerkel, Andre Kühr und Norman Bordin von der Presse mit großem Interesse verfolgt worden. Der 26-jährige Wiese pflegt gute Kontakte zum lokalen NPD-Verband, dem „Freizeitverein Isar 96 e. V.“ ebenso wie zu Friedhelm Busse und fehlte weder bei den zahlreichen NPD-Infoständen, die in München im letzten Jahr veranstaltet wurden, noch beim diesjährigen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ in Wunsiedel.

Mob überfällt Flüchtlingsunterkunft

Ende August diesen Jahres wurde eine Flüchtlingsunterkunft in Algermissen bei Hildesheim mehrfach von einem rassistischen Mob überfallen. Eine Gruppe von Migranten war zunächst auf dem Schützenfest angegriffen worden. Die Bewohner verlangten eine Unterbringung in einer anderen Unterkunft, was abgelehnt wurde. Am nächsten Tag überfielen etwa 50 teils mit Eisenstangen bewaffnete Schützenfestbesucher die nicht abschließbare Flüchtlingsunterkunft. Trotz des Eintreffens der Polizei verschwanden die Angreifer erst nach mehr als einer Stunde. Nun wurden die Flüchtlinge in eine andere Unterkunft evakuiert. Den Angriffen waren bereits mehrere Überfälle vorausgegangen. Der Gemeindedirektor behauptet, es gäbe „keine ausländerfeindlichen Gruppen“ in Algermissen, die Polizei vermag bei den Überfällen keinen „rechtsradikalen Hintergrund“ zu erkennen.

Während die Stadt München den Aufmarsch der Neonazis aber doch erst einmal wegen „polizeilichen Notstands“ verboten hatte, genehmigten ihn die Verwaltungsgerichte noch am Vortag, allerdings mit einigen Auflagen. So durften wie einen Monat zuvor schon in Freiburg weder Springerstiefel noch Uniformen getragen werden und die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ sowie solche, in denen der Begriff „Nationaler Widerstand“ enthalten ist, nicht gerufen werden. Auf der Auftaktkundgebung untersagte die Polizei dann vorerst auch die Parole „Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht“, was jedoch im Laufe der Veranstaltung revidiert wurde. Die Umsetzung der Auflagen wurde von der Polizei nur halbherzig betrieben, so konnte etwa eine Gruppe um Bernd Stehmann beim Abmarsch die beiden verbotenen Parolen skandieren und trotzdem unter den Augen der Polizei ungehindert abziehen.

Bei der Organisation des Aufmarschs konnten Worch und Hupka auf bewährte AktivistInnen des Spektrums der „Freien Nationalisten“, wie Bernd Stehmann oder Oliver Schweigert zurückgreifen. Die meisten TeilnehmerInnen – vorwiegend Skinheads sowie einige Wehrmachtsveteranen – stammten aus denselben Kreisen, aus Franken waren etwa die „Fränkische Aktionsfront“ und die „Kameradschaft Nürnberg“ mit einem Transparent vertreten, ebenso wie die „Deutsch-Österreichische Kameradschaft“ (DÖK), die „Freien Kräfte Mitteldeutschland“, die „Kameradschaft Weserbergland“, die „Aktionsgemeinschaft Nordsachsen“ oder die Mitglieder des „Märkischen Heimatschutzes“. Die bayerischen NPD- oder JN-AktivistInnen fehlten dafür gänzlich und nur eine vereinzelte NPD-Flagge wurde auf der Demonstration gesichtet.

Weit kam der Zug der Neonazis diesmal allerdings nicht: Schon nach wenigen hundert Metern wurde der Aufmarsch von mehreren tausend Menschen gestoppt, die den auf der Route liegenden Goetheplatz blockierten. Als die Polizei versuchte, den Platz zu räumen, wurde ein Gegendemonstrant schwer verletzt, als er mit dem Fuß in einem Absperrgitter hängen blieb, das ihm fast den linken Fuß abtrennte. Nach mehrere Notoperationen ist noch immer unklar, ob dauerhafte Schäden zurückbleiben. Den Räumungsversuch gab die Polizei daraufhin auf und so musste sowohl die geplante Zwischen- als auch Abschlusskundgebung der Neonazis an Ort und Stelle stattfinden.

Als Redner kamen dabei neben den Organisatoren Worch und Hupka zwei alte Nazis zu Wort: Friedhelm Busse sowie der ehemalige Wehrmachtssoldat Reinhold Leidenfrost. Die antisemitische, pro-palästinensische und anti-amerikanische Haltung der Neonazis kam neben zahlreichen Papp-Schildern mit Aufschriften wie „Keine deutsche Beteiligung an US-Kriegen“ und „Vernichtungskrieg heute: Irak, Kosovo, Palästina“ auch in den Redebeiträgen, insbesondere des Schweizer Islamisten Ahmad Huber, zum Ausdruck. Der 26-jährige Mathematik-Student Michael Müller aus Regensburg, Mitglied der „Prager Burschenschaft Teutonia zu Regensburg“, gab schließlich noch einige Lieder zum Besten.

In der Kommunalpolitik schlugen diesmal die Wellen längst nicht so hoch wie vor fünf Jahren - der Stadtrat rief zu „demokratischen Protesten“ auf und konnte sich gar zu einer gemeinsamen Resolution durchringen, mit deren Formulierung selbst die CSU keine Probleme hatte: „Mitschuld von Teilen der Wehrmacht, vor allem der Führung, an Verbrechen des Nationalsozialismus kann und darf nicht geleugnet werden.“

Die Neonazis indes wollen sich noch nicht geschlagen geben: Bis zum 24. November diesen Jahres – solange die Ausstellung im Münchner Stadtmuseum gezeigt wird - haben Münchner Neonazis für jeden Freitag eine Protestkundgebung auf dem Marienplatz angekündigt.

Vandale schlug zu

Am 20. September diesen Jahres wurde der „Grünen"-Politiker Christian Ströbele in Berlin von dem Neofaschisten Bendix Wendt angegriffen.

von Kathrin Klever

Ströbele, der an einem Wahlkampfstand im Bezirk Friedrichshain Informationsmaterial verteilte, erhielt einen Schlag auf den Hinterkopf. Der flüchtende Täter konnte gefasst werden und wurde noch am gleichen Tag dem Haftrichter vorgeführt. Wendt, der nach Aussage des Staatsschutzes zu den gefährlichsten Figuren der extrem rechten Szene gehört, erhielt Haftverschonung.

Bendix Wendt ist seit 1987 in der Berliner Neonaziszene aktiv. Als „Wehrsportbeauftragter" der Anfang der 1990er Jahre in Berlin gegründeten „Nationalen Alternative" (NA) führte er paramilitärische Übungen durch und kümmerte sich um die Beschaffung von Schusswaffen und Sprengstoff. In dieser Zeit knüpfte Wendt auch erste Kontakte zu internationalen Rechtsterroristen, die Ende 1993 an einer Serie von Briefbombenattentaten in Österreich beteiligt waren. Der österreichischen Neonazi Peter Binder, der sich wegen der Briefbomben vor Gericht verantworten musste, nahm in den Jahren vor den Anschlägen an Schulungen zum Bau von Briefbomben teil, unter der Leitung von Bendix Wendt. Wendt war es auch, der Binder 1993 zu einer ehemaligen russischen Kaserne führte, wo dieser sich zehn Kilogramm Sprengstoff aus alten Panzerminen ausgebaut haben soll. Für diese Hilfeleistung wurde Bendix Wendt im Oktober 1995 zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Wie rege die explosive Zusammenarbeit zwischen Berliner und österreichischen Neonazis war, wurde auch nach der Verschickung der ersten Briefbomben deutlich. Als Binder im Dezember 1993 an der deutsch-tschechischen Grenze kontrolliert wurde, fand die Polizei zahlreiche Waffen und Sprengstoff, die nach Aussagen Binders für die Berliner „Vandalen" bestimmt waren. Schon damals gehörte auch Bendix Wendt der militanten Neonaziorganisation an, die sich selbst als „ariogermanische Kampfgemeinschaft" bezeichnen. Mitglieder der „Vandalen" machen immer wieder in Zusammenhang mit Waffen und Sprengstofffunden von sich reden. In ihrem Clubhaus in Berlin-Weissensee trafen sich bis zur Schließung im September 2000 deutsche und internationale Neofaschisten. Auch die bekannteste deutsche Neonaziband „Landser", gegen deren Mitglieder der Generalbundesanwalt vor kurzem Anklage erhoben hat, entstand aus dem Umfeld und mit direkter Beteiligung der „Vandalen". Am 28. September diesen Jahres feierten die „Vandalen" in einer Marzahner Tanz- und Bowlingbar, als die Polizei die Party durch eine Razzia beendete. Unter den Gästen fand sich neben bundesdeutschen Naziszenegrößen und NPD-Funktionären auch Bendix Wendt. Eine Woche nach dem Anschlag auf Ströbele feierte Wendt mit seinen Kameraden das zwanzigjähriges Bestehen der „Vandalen".

6 Jahre „Club 88"

„Blood & Honour"-Konzert in Neumünster

Die Räume des „Club 88" hätten für die Jubiläumsfeiern nicht gereicht. Schließlich hatten die Betreiber des Nazi-clubs in Neumünster, Christiane Dolscheid und Peter Borchert, anlässlich des sechsjährigen Geburtstags zu einem RechtsRock-Konzert geladen.

von Stephan Lindke

Über 700 Nazis reisten dann auch am 28. September 2002 nicht zu den Räumlichkeiten in der Segeberger Straße, sondern fuhren in die Wrangelstraße.

Die Räumlichkeiten in dem ehemaligen Industriekomplex im Neumünsteraner Stadtteil Wittorf wurde nicht von ungefähr gewählt. Seit Jahren trainieren die lokalen Neonazis in dem dort ansässigen Bodybuilding-Studio. Die auftretenden Bands aus dem verbotenen „Blood&Honour"-Netzwerk, boten dabei den „feierlichen" Rahmen.

Deutlich mehr Neonazis als noch bei der letzten Jubiläumsfeier konnten ungestört von Polizei, Ordnungsbehörden und antifaschistischen Gegenaktivitäten bis in den Morgen feiern. Die „Geburtstagsfeier" war somit eines der größten neonazistischen Konzerte in Norddeutschland der letzten Zeit.

Offensichtlich ist die Zeit des „Aufstands der Anständigen" in Norddeutschland vorbei. Auf dem Höhepunkt der gesellschaftspolitischen „Mobilisierung gegen Neonazismus" wurde von verschiedensten Kreisen noch vollmundig angekündigt, dass nun alle neonazistischen Konzerte verhindert würden. Aber im Jahre 2002 ist davon nichts mehr zu spüren, ein ums andere Mal werden Konzerte aus dem „Blood&Honour"-Spektrum, von der Öffentlichkeit nahezu unbeachtet, genehmigt oder aus „deeskalierenden« Gründen „toleriert".



Aufmarsch von Neonazis in Frankfurt/Main im Mai 2002, rechts im Bild Peter von der Born

Das „Bündnis gegen Rechts Neumünster" beklagte daher in einer Presseerklärung, dass noch im letzten Jahr ein „Blood&Honour"-Konzert in Kiel durch die Polizei verhindert worden sei, in Neumünster jedoch durch die Duldung des Konzerts „de facto eine `Einladung´ ausgesprochen wurde, doch bald wiederzukommen". Eine Befürchtung, die auf einer anderen Ebene durchaus real ist. Für den April 2003 haben Schleswig-Holsteiner Neonazis anlässlich der Präsentation der „Wehrmachtsausstellung" in Neumünster bereits mehrere Aufmärsche angemeldet.

Sag es mit Musik

RechtsRock-Konzerte im Sommer 2002

Highlight des diesjährigen RechtsRock-Konzert-Sommers sollte wohl das frühzeitig angekündigte Open-Air am 6. Juli auf Rügen werden (vgl. DRR Nr. 77). Doch bereits im Vorfeld mussten die Veranstalter umdisponieren und auf ein Privatgrundstück in Scharbow bei Hagenow ausweichen. Dort untersagte die Polizei das Konzert aufgrund zu befürchtender Straftaten, so dass die angereisten Besucher unverrichteter Dinge wieder abfuhren.

von Christian Dornbusch

Dieses Vorgehen seitens der Polizei war und ist keine Ausnahme. Auch einige weitere Konzerte wurden von Einsatzkräften aufgelöst. Doch in der Regel treffen sie erst ein, wenn das Konzerte längst läuft oder unter Umständen bereits beendet ist. Am 29. Juni löste die Polizei bspw. gegen 22.00 Uhr in Uftrungen, Kreis Sangerhausen, ein Konzert der Bands „Nordfront“ (Hannover), „Radikahl“ (Weimar), „Brigade M“ (NL) und „Race War“ (Ludwigshafen) auf, zu dem ca. 500 Neonazis angereist waren. Ein Erfolg, der nach Angaben von Besuchern keiner war. Denn um diese Zeit war das Konzert bereits beendet. Die Situation wiederholte sich zwei Wochen später, als die Polizei am 13. Juli gegen Mitternacht ein Konzert mit 160 Besuchern in Elgersburg, Ilmkreis, auflöste. Auch dort waren die Bands bereits aufgetreten und die Besucher, wie der Wirt der Gaststätte sagte, standen gerade beim letzten Bier zusammen. Allerdings stießen die Einsatzkräfte bei den Besuchern auf vehemente Gegenwehr, denn diese verbarrikadierten sich und bewarfen die Polizei mit Holzbänken, Biergläsern und Flaschen. Friedlicher gestaltete sich dagegen die Auflösung eines Konzerts am 14. September um 23:00 Uhr in Dölau, Kreis Greiz. Hier verteilte die Polizei lediglich 70 Platzverweise. Dennoch, viele Neonazis beschweren sich in den Foren über die vermeintlich ungerechtfertigten Schikanen. Häufig schwärmen sie davon, wie problemlos Konzerte im nahen Ausland über die Bühnen gehen können.



Auftritt der Band „Oidoxie“ in Leipzig im April 2002

Der Spätsommer bescherte der neonazistischen Szene so eine Reihe von grösseren Festivals im benachbarten Ausland. Das Publikum setzt sich häufig zu einem grossen Anteil aus Deutschen zusammen, die gerne bereit sind, für solche Events einige Hundert Kilometer zu fahren. Nachdem bereits am 7. September „Race War“, „Propaganda“ (Raum Horb), „Sturm und Drang“ (Senftenberg), „Tollschock“ (A) und „Totenburg“ (Gera) im französischen Elsaß aufgetreten waren, fand dort auch eines der diesjährigen „Ian-Stuart-Memorial-Konzerte“ statt. Umjubelt von ca. 1.200 Besuchern spielten zum Gedenken an die 1993 verstorbene britische RechtsRock-Ikone die Bands „Confident of Victory“ (Senftenberg), „Nemesis“ (GB), „Radikahl“, „Intimidation One“ (USA), „Saga“ (S), „Blitzkrieg“ (Chemnitz), „Injustice Side“ (I) und „Final War“ (USA). Andere deutsche Neonazis reisten stattdessen am 21. September zum "Memorial-Festival“ nach Mailand (Italien) bei dem „Faustrecht“ (Kempten/Mindelheim), „Gesta Bellica“ (I), „Ultima Frontiera“ (I) und „Warlord“ (GB) auftraten oder fuhren am 29. September nach Ljubljana (Slowenien), zu einem von der dortigen "Blood & Honour Division“ organisierten Konzert zu Ehren von Ian Stuart, bei dem u.a. „Brutal Attack“ (GB), „Juden Mord“ (Slowakei) und „Ultima Frontiera“ (I) auftraten.

In Deutschland zog Christian Worch unterdessen bereits im Herbst letzten Jahres aus den häufigen Auflösungen von Konzerten durch die Polizei seine Schlüsse und formulierte das Ziel, zukünftig mehr Rechtssicherheit für die Organisation von Konzerten schaffen zu wollen: „Denn die meisten von Euch wissen wahrscheinlich, daß wir zwar nahezu jede Demo durchkriegen, aber Konzerte viel zu häufig noch immer von der Polizei hochgenommen und aufgelöst werden“, heißt es in einem Schreiben von Worch an den Kameradenkreis. Die Strategie sieht vor, zum Abschluss angemeldeter und genehmigter Demonstrationen eine RechtsRock-Band auftreten zu lassen. „Je mehr öffentliche Auftritte von Szene-Bands wir - bei welchen Gelegenheiten auch immer - durchsetzen, desto schwerer wird es für die Behörden, bei Konzerten dann noch Repression auszuüben“, argumentiert er. Umgesetzt wurde das Konzept zuerst am 3. November letzten Jahres, als die Band „Oidoxie“ auf einer Demonstration in Leipzig spielte. Auch auf den beiden weiteren Demonstrationen in Leipzig am 6. April und 8. Juni diesen Jahres trat die Band auf - beim letzten Termin allerdings nur der Sänger der Band, Marco Gottschalk, gemeinsam mit der Formation „Reichswehr“. Am 20. Juli wurde das Konzept dann auf die alten Bundesländer ausgeweitet. Im Anschluss an die Demonstration unter dem Motto „Meinungs- und Musikfreiheit auch für Nationalisten – gegen Konzertverbote“ trat wiederum „Oidoxie“ auf dem Kundgebungswagen in Soest auf.

Fraglich bleibt, ob das Konzept von Worch, Demonstrationen mit Konzerten zu verbinden, wirklich Erfolg haben wird. Denn ganz so leicht lässt sich eine vielleicht zukünftig geschaffene Rechtssicherheit hinsichtlich öffentlicher Demonstrationen nicht auf Privatveranstaltungen übertragen. Und ein kurzer Auftritt einer Band im Rahmen einer Kundgebung ersetzt im Übrigen kein RechtsRock-Konzert. Denn dort können die Bands in voller Länge ihr Repertoire spielen, während die angereisten Neonazis feiern und sich betrinken können - jenseits der von den Kadern und Ordnern vorgegebenen Verhaltensregeln für den öffentlichen Raum. Und so werden vorerst auch weiterhin Konzerte in Deutschland davon bedroht sein, von der Polizei beendet zu werden - auch wenn sie eigentlich schon vorbei sind.

Juristische Aufarbeitung

Der Prozess gegen die SSS

Bereits Anfang August diesen Jahres begann vor dem Landgericht in Dresden der Prozess gegen sieben mutmaßliche Mitglieder der „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS).

von Bettina Schneider & Peter Conrady

Den Angeklagten Thomas Sattelberg, Thomas Rackow, André Viehrig, Daniel Bethke, Rico Drechsler, Mario Wiesner und Martin Dinse werden die Bildung einer kriminellen Vereinigung und etliche Einzelstraftaten, vor allem Körperverletzung, Nötigung und einschlägige Delikte, wie die Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen vorgeworfen. Die beiden erstgenannten werden weiterhin der Rädelsführerschaft der im Frühjahr letzten Jahres vom sächsischen Innenministerium verbotenen Organisation beschuldigt.

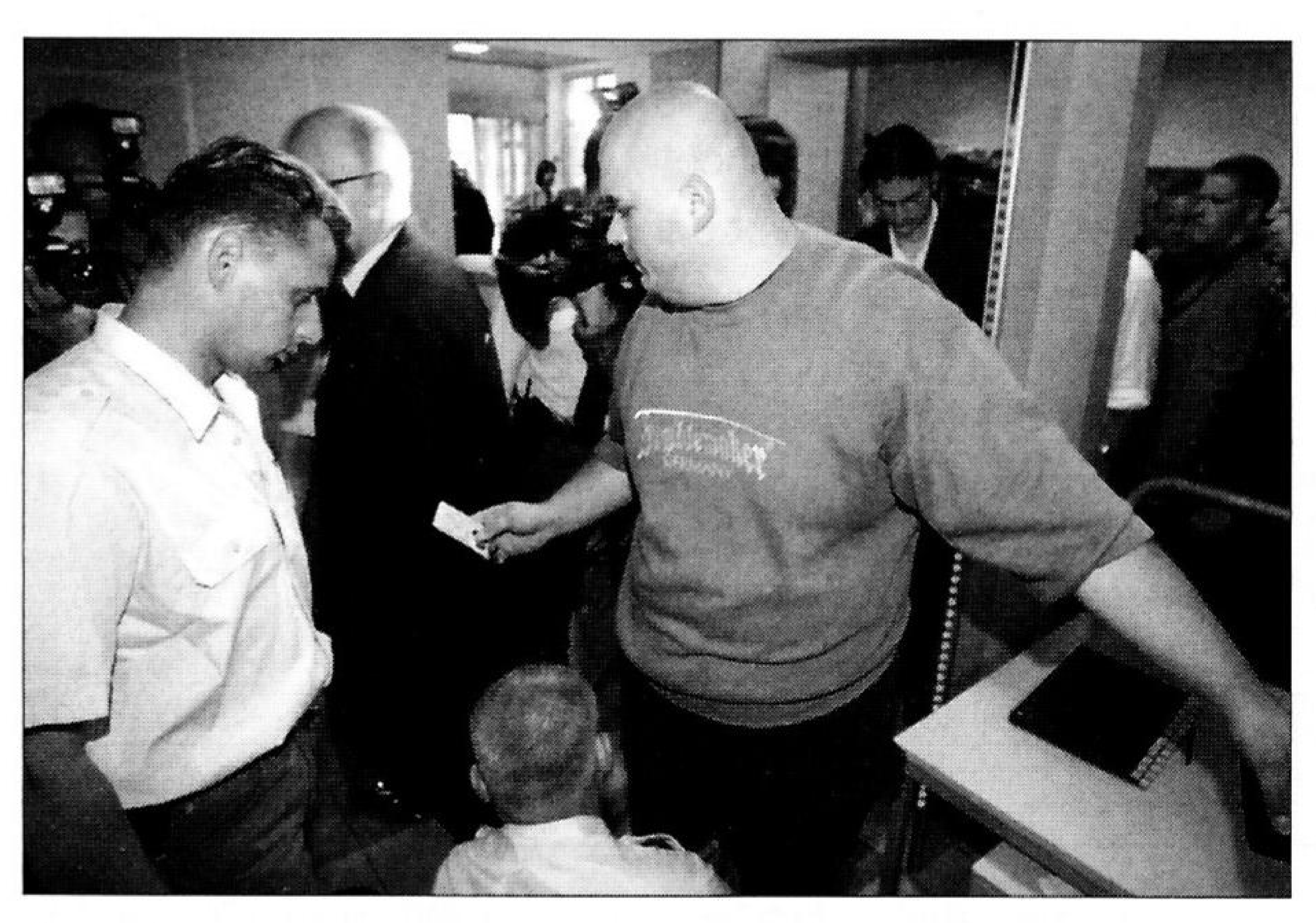
Der Prozess, bei dem mehr als neunzig Zeugen vorgeladen sind, geht inzwischen eher schleppend voran. Zunächst durch das Hochwasser unterbrochen, wird die Verhandlung immer wieder durch die ungeklärte Frage des Einsatzes von V-Leuten in der Region behindert.

Schon vor Beginn des Prozesses hatte der sächsische Innenminister Horst Rasch eine Sperrerklärung in Bezug auf die Offenlegung der V-Leute abgegeben. Einige Angeklagte hatten deshalb Antrag auf Aussetzung des Verfahrens, bis zur einer Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Sperrung durch das Verwaltungsgericht, gestellt. Das Gericht fuhr jedoch fort und vertagte die Entscheidung.

Auch aus Sicht der Betroffenen ist der sächsische Umgang mit dem Thema V-Leute mehr als fragwürdig. So beruft sich das Innenministerium u.a. darauf, eine Verantwortung für die Sicherheit der V-Leute zu haben - schliesslich sei bekannt, wie die SSS mit Verrätern umgehen würde. Für die Dutzenden Menschen, die Opfer der SSS wurden, ist diese Darstellung ein Hohn, da augenscheinlich die Interessen von Neonazis höher als die der Betroffenen gewertet werden.

Nicht zuletzt daher fordert die Opferberatungsorganisation „AMAL Sachsen" das Innenministerium auf, die V-Leute zu benennen.

Wie während der letzten Verhandlungstage bekannt wurde, war zumindest ein Mitglied der SSS auch für den Verfassungsschutz aktiv und machte gegenüber der Staatsanwaltschaft umfangreiche Aussagen.



Besucher beim Prozess gegen mutmaßliche Mitglieder der „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS)

Das eigentliche Thema der Verhandlung, die Schaffung einer gewalttätigen rechtsextremen Organisation, gestaltet sich eher schwierig. Die umfangreiche Aussage des Mitangeklagten Dinse zog sich zwar über mehrere Tage, brachte aber kaum Neues. Dinse konnte weder zur Organisation der SSS, noch zu ihrer ideologischen Ausrichtung Nennenswertes beisteuern. Dies ist umso bemerkenswerter, da er für die Staatsanwaltschaft als eine Art „Kronzeuge" fungieren sollte.

Die bisher vernommenen Zeugen antworteten eher knapp, wichen aus oder wollten sich nicht mehr erinnern. Die Polizei selber tappte wohl jahrelang im Dunkeln.

Es dürfte also schwer werden, dem Gericht darzulegen, wie die über hundert Personen starke Organisation systematisch Angst unter den wenigen Ausländern, Linken und nichtrechten Jugendlichen verbreitet hat. Gerade weil für viele die Situation in der Sächsischen Schweiz längst Alltag ist.

Es war und ist eben „Normalität", wenn man wegen seiner bunten Haare angepöbelt, der Dönerimbiss immer wieder Opfer von Übergriffen und man bei Konzerten oder gemütlichen Grillabenden brutal überfallen wird.

Viele Opfer gingen bzw. gehen nicht zur Polizei, aus Angst erneut angegriffen zu werden. Die SSS legte einen Ordner über vermeintlich Linke an, den Rackow bei Mitgliederversammlungen herumgehen ließ. Mehr als einmal wurden Jugendliche unter Androhung von Gewalt von SSS-Mitglieder zwangsfotografiert. Es wurde ihnen zu Hause aufgelauert, sie wurden nach Partys in Hetzjagden verfolgt und umzingelt. Durch die Innenstadt von Pirna liefen regelmäßig SSS-Patrouillen auf der Suche nach vermeintlich Linken.

Die Stimmung in der Sächsische Schweiz selbst hat sich auch mit Prozessbeginn nicht geändert. Zu Flutzeiten war man voll des Lobes über die mitanpackenden Kameraden; auch von Jugendclubverboten, öffentlicher Auseinandersetzung oder Distanzierung ist nichts zu hören. Die NPD erhielt bei den Bundestagswahlen in der Region wieder Höchstergebnisse. So konnten in der Hochburg Reinhardtsdorf-Schöna trotz NPD-Verbotsdebatte 11% Erststimmen und 9,4 % Zweitstimmen verbucht werden.

Die Angeklagten selbst haben keine Hemmungen, ihre rechte Einstellung weiter offen zu propagieren. Nach dem Verbot der SSS sprach Sattelberg in einem Fernsehinterview davon, dass man eine solche Organisation nicht verbieten könne, man würde nur andere Formen finden, um sich zu organisieren.

Sattelberg und Rackow haben sich auch vor Gericht einschlägige Unterstützung besorgt. Ersterer wird von dem bekannten Nazianwalt Günther Herzogenrath-Amelung aus Regensburg verteidigt. In der Vergangenheit engagierte der sich bspw. für die NS-Kriegsverbrecher-Unterstützungsorganisation „Stille Hilfe", verteidigte den ehemaligen Bundesvorsitzenden der „Nationalistischen Front", Michael Swierzek, und unterstützte die Arbeit des Ausschwitz-Leugners Germar Rudolf. Er offenbarte während der Verhandlung durch Fragen nach „Negern, Fidschis und Asylanten" in Pirna seine Einstellung gegenüber den Opfern. Rackow dagegen lässt sich von dem aus dem „Guben-Prozess" bekannt gewordenen Berliner Anwalt Carsten Schrank vertreten. Derzeit verteidigt dieser u.a. die Neonazi-Band „Landser."

Aus Sicht von Beobachtern stellt der Prozeß zunehmend eine Farce dar. Es wird deutlich, dass die Arbeit der Ermittlungsbehörden von Anfang an teilweise schlampig und desinteressiert geführt wurde. Wichtige Beweismittel sind verschwunden, Zusammenhänge nicht mehr rekonstruierbar usw. So wird es für das Staatsanwaltschaft und die Nebenklage schwierig werden, die Anklagepunkte zu erhärten.

Gut gelaunt und bierselig

Polizei lässt Nazikonzert zu

Von Witten nach Kirchseelte. Über 150 Neonazis ist am 7. Oktober diesen Jahres der Weg zu einem Nazikonzert mit sechs Bands aus Nordamerika und Deutschland nicht zu weit gewesen.

von Jos Anders

Laut Planung der Neonaziführer Christian Worch und Thorsten Heise hatte das Konzert einen Tag zuvor in einer Waldgaststätte nahe der Kleinstadt Witten bei Dortmund stattfinden sollen. Aber als die Interessierten bei der Gaststätte eintrafen, verwehrte die Pächterin ihnen den Zutritt. Vor etwa drei Wochen hätte ein ganz „normaler junge Mann" den Biergarten für eine Geburtstagsparty gemietet, berichtete die Pächterin. Die langsam eintreffenden „Freunde" offenbarten ihr allerdings, dass ein Nazikonzert durchgeführt werden sollte. Sofort schloss sie die Gaststätte und machte einen Ausflug.

Umso herzlicher wurden die Kameraden aus dem Spektrum der „Freien Nationalisten" auf dem Anwesen mitten in



Haus der Warnecke-WG in Kirchseelte; links die Konzerthalle

dem niedersächsischen Kirchseelte nahe Delmenhorst aufgenommen. Kehrten sie doch bei dem Mitstreiter Robert Warnecke ein. Er berichtete, dass sie nach Anfrage Heises ab „Sonnabend Abend" alles für das Ausweichkonzert vorbereitet hätten. Seit über zwei Jahren wohnt er mit wechselnden Kameraden auf dem 3.000 Quadratmeter großen Anwesen, mit Haus und Halle.

Bereits am Nachmittag trafen die ersten Kameraden mit Freundinnen zu dem Konzert mit „Intimidation One", „Final War", „Max Resist", „Gegenschlag" und „Endlöser" ein. Unter Beobachtung der Polizei feierten die überwiegend glatzköpfigen Gäste auf dem Gelände, das mitten im Ort liegt, gut gelaunt und bierselig das mehrstündige Konzert. Da die Teilnehmer laut Polizei und Verfassungsschutz keine Straftaten verübten, griffen die Beamten auch nicht ein. Sehr deutlich, so ein Polizeisprecher, wären die Anmelder vorgewarnt worden. „Es sind keine strafrechtlich relevanten Parolen gerufen, noch verfassungsfeindliche Symbole gezeigt worden", betonte VS-Sprecher Rüdiger Hesse gegenüber der „taz-bremen".

Warum auch? Bewusst bemühen sich Anmelder wie Worch, rechtliche Regelungen für die Durchführung von „nationalen Konzerten" zu vereinbaren und zu gewährleisten. Wissen die Kader doch, welche Integrationskraft von solchen Szene-Events für die Kameraden ausgeht. Begeistert verkündete so dann auch Warneke im Internet, es sei „einer der geilsten Abende, die ich mir hätte träumen lassen" gewesen.

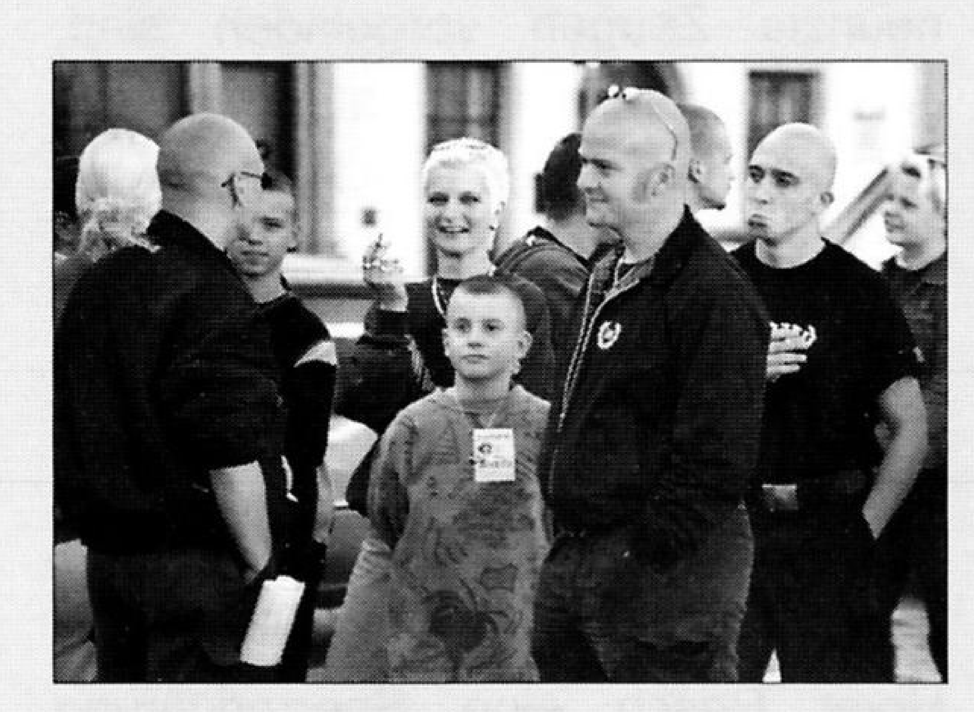
Das Anwesen nutzten norddeutsche Neonazis schon des Öfteren für Konzerte und Veranstaltungen. „Fast jedes zweite Wochenende ist hier was los", weiß ein Nachbar.

Freiberger Parteinahmen

von Karl Chemnitz

Seit über einem Jahr warten einige Punker im sächsischen Freiberg auf Räume für einen Jugendklub. Bevor ihr altes Domizil, das „Schloss Freudenstein", von der öffentlichen Hand in Privatbesitz übergegangen war, wurden die Punker aus dem Schloss geworfen, wobei eine polizeiliche Razzia, bei der Moltowcocktails im Gebäude gefunden wurden, nur den äußeren Vorwand bot. Wer kauft schon eine Immobilie, die von Punks genutzt wird? Der Verwalter der neuen Besitzer, die „RWR - Objektwert GmbH" und ihr Geschäftsführer Uwe Richter, haben die Zeit bis zur endgültigen Renovierung des Schlosses geschäftstüchtig genutzt und die Räume, welche vorher den Punkern gehörten, den Betreibern des „Yggdrasil" (vgl. DRR Nr.59) zur Verfügung gestellt. Der rechte Mittelalterladen „Yggdrasil" gehört zu einer Reihe von Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR), die Ronny Scheiding und Marco Schwarz gegründet haben. Das große Geld machen die beiden mit Konzerten, auf denen einschlägige Bands wie „Blood Axis", „Blutharsch" usw. spielen. Am Wochenende 13./14. September diesen Jahres veranstalteten sie einen „Mittelalter-Markt", zu dem insgesamt 2.000 Menschen kamen. Die bürgerliche „Freie Presse" bezeichnete das Spektakel mit dem süffisanten Titel „Silbernächte" (geschätzte Netto-Einnahmen 6.000 EUR) als Erweckungserlebnis und versprach seinen LeserInnen weitere Ereignisse dieser Art. Während die „Mittelalter-Stände" auf dem Schlossgebäude aufgebaut wurden, sammelten sich auf dem wenige hundert Meter entfernten Obermarkt GegnerInnen und AnhängerInnen der NPD. NPD-Bundesvorstandsmitglied Holger Apfel hatte den Obermarkt für eine Wahlveranstaltung mit 100 Personen angemeldet. Neben dem sechsköpfigen Organisationsteam, zu dem neben Apfel noch Klaus Menzel, Jürgen W. Gansel, Jürgen Günz, Sven Pietzsch und Alexander Kleber zählten, waren ca. 25 Anhängerinnen aus Stadt und Landkreis Freiberg erschienen, von denen wiederum die meisten schon mehrmals an den Leipziger Worch-Aufmärschen der „Freien Kameradschaften" teilgenommen hatten.

Begeleitet wurde die Kundgebung von weit über 100 überwiegend jungen Menschen mit Sprechchören und Trillerpfeifen, die gegen die hetzerischen Reden von Apfel und Menzel protestierten. Im Anschluss an die NPD-Veranstaltung kam es zu regelrechten Treibjagden auf die AntifaschistInnen durch die Polizei, am Ende wurden 26 junge Leute,



NPD-Kundgebung in Freiberg: Rene Metzger (20, Bildmitte mit Brille)

die meisten von ihnen gerade mal 16 Jahre alt, in Gewahrsam genommen. Auslöser der Polizeiaktion war der Wurf einer Bierdose in Richtung Nazis. Anders reagierte die Polizei, als in der Nacht vom 23. auf den 24. August diesen Jahres rechte Jugendliche mit ihrem PKW gezielt zwei Besucher eines linken Jugendclubs in Brand-Erbisdorf (Landkreis Freiberg) überfuhren und lebensgefährlich verletzten. Hier kam es zu keiner Verhaftung des Täters, der keinen Hehl daraus machte, die „Zecken platt gemacht" zu haben. Bisherige Konsequenz des Angriffs ist die Ankündigung, den linken Jugendclub Ende des Jahres schließen zu wollen.

Beratungsbedarf

„Rechtsgespräch" im NPD-Verbotsverfahren

Hochrangig vertreten waren die gegnerischen Parteien in dem „Rechtsgespräch", welches das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) für den 8. Oktober diesen Jahres in Karlsruhe anberaumt hatte. Erstmals hatte das Gericht diesen Weg gewählt, um im Vorfeld mit allen verfahrensbeteiligten Parteien „juristische Probleme" zu erörtern.

von Stephan Lindke

Für die AntragstellerInnen erschienen der Bundesinnenminister Otto Schily und seine Länderkollegen Günther Beckstein und Heiner Bartling, für die NPD sowohl die Prozessbevollmächtigten Horst Mahler und Günther Eisenecker als auch der Bundesvorsitzende Udo Voigt und der Pressesprecher Holger Apfel.

Hintergrund des „Gesprächs" war die „V-Mann-Problematik". Nachdem vor dem für Februar diesen Jahres anberaumten Verhandlungstermin einige Spitzel der Verfassungsschutzämter – auf deren Äußerungen sich die Verbotsanträge teilweise stützen - enttarnt worden waren, hatte das BVerfG den Termin ausgesetzt.

Die Innenminister von Bund und Ländern hatten aber bereits in einer Stellungnahme vom 26. Juli erklärt, dass sie dem Wunsch des BVerfG auf Offenlegung aller Fakten nicht entsprechen wollen und über die bisher öffentlich bekannten acht Spitzel hinaus keine weiteren namentlich benennen werden, da „dadurch die Arbeit des Verfassungsschutzes gefährdet" sei.

In der vorab verschickten Tagesordnung wurde aber bereits signalisiert, dass es dem höchsten deutschen Gericht nicht mehr so sehr um die V-Leute im Detail ging. Die vorrangige Frage sei nun, so der erste Vorsitzende des Zweiten Senats, Winfried Hassemer, inwieweit das Verhalten und die Äußerungen der V-Leute der NPD insgesamt anzulasten seien. Bei einer derartigen Fragestellung käme es dann gar nicht mehr auf die einzelne Äußerung eines Spitzels an.

Neues wurde in dem öffentlichen „Rechtsgespräch" jedoch nicht vorgebracht, zumal es maßgeblich auf bereits bekannten schriftlichen Stellungnahmen vom 26. Juli und 30. August diesen Jahres beruht.

Vehement verteidigten die Vertreter des Bundes die Unterwanderung der NPD als notwendig und als keineswegs Einfluss nehmend auf die politische Richtung der Partei. Laut Schily seien die V-Leute „Fleisch vom Fleische der NPD, sie sind in der Partei herangewachsen". Die Quellen würden also lediglich abgeschöpft, nicht aber geschaffen.

Horst Mahler entwickelte in der Anhörung seine sattsam bekannten Verschwörungstheorien. So wolle der Staat durch das Verbot der NPD, „die Konkurrenz der nationalen Parteien kleinhalten, um die Stabilität der Republik - also die Macht des Parteienkartells - zu erhalten". Der Grund dafür sei die fundamentale Systemopposition der NPD. Dementsprechend kommt Mahler zu der „begründete[n] Vermutung, daß die Antragsgegnerin auf Weisung der CIA [...] mundtot gemacht werden soll". Zu der von Mahler angedrohten Enttarnung weiterer verfahrensrelevanter Spitzel kam es nicht.

Unklar ist nun das Verhalten des BVerfG. Die Bundesrichter haben aber bereits Signale ausgesendet. So deutet sich zwar an, dass sie auch weiterhin nicht von dem bisher gewählten „rechtsstaatlichen Weg" abgehen werden, also nicht auf eine bloß vertrauliche Nennung der V-Leute eingehen, da dies den „Beigeschmack eines Geheimprozesses" hätte. Als ein möglicher Weg wurde jedoch die Anhörung eines V-Mann-Führers erörtert.

Es scheint so, dass die höchsten deutschen Richter offensichtlich in weiten Teilen der Argumentation der drei AntragstellerInnen folgen und das Verbotsverfahren nicht platzen lassen werden. Die Entscheidung des BVerfG zum weiteren Fortgang wird in den nächsten Wochen gefällt.

Die bisher bekannt gewordenen V-Leute sind: Wolfgang Frenz, Udo Holtmann, Tino Brandt, Mathias Meier, Michael Grube, Mike Layer. Für den Verbotsantrag nicht relevant sind die enttarnten Spitzel Carsten Szczepanski, Thomas Dienel und das jüngst enttarnte Lübecker NPD-Vorstandsmitglied Bastian Tilger.

Antisemitische NPD I

Die NPD ruft unter dem Motto „Deutschlands Selbstbestimmung endlich vollenden!" zu einem Aufmarsch am 9. November diesen Jahres in Weimar, nahe dem ehemaligen KZ Buchenwald, auf. Als Redner werden der NPD-Vorsitzende Udo Voigt, Horst Mahler, Stefan Rochow und Sebastian Behrends angekündigt. In dem Aufruf steht: „Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht jedem Bürger vorgeführt wird, daß unser Staat eigentlich ein Vasallenstaat ist, der für die Interessen anderer eingespannt wird." Daher sei es „auch nicht mehr Sache der Wähler, wer in Deutschland politisch eine Rolle spielen darf, sondern die bestimmter US-Amerikaner und des Zentralrats der Juden in Deutschland." Weiter ruft die NPD ihre AnhängerInnen dazu auf, aktiv zu werden, denn: „1989 haben sich die Bürger der ehemaligen DDR von der Bevormundung durch die Russen befreit. [...] Es blieb auch aus die Befreiung von der Bevormundung durch Zentralräte. [Rechtschreib. i. Orig.]"

Antisemitische NPD II

Am 14. September diesen Jahres wollte der NPD-Landesverband Berlin/Brandenburg eine Demonstration in Potsdam unter dem Slogan „Schluss mit der Masseneinwanderung russischer Juden - Deutschland uns Deutschen" durchführen. Nachdem der Potsdamer Polizeipräsident den Aufmarsch wegen Volksverhetzung verboten hatte, genehmigte das Verwaltungsgericht Potsdam die Veranstaltung. Es lägen keine hinreichenden Tatsachen vor, dass insbesondere der Straftatbestand der Volksverhetzung gegeben sei. Auch sei eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht absehbar. Ein von der Polizei verfügtes Verbot wurde vom Oberverwaltungsgericht Frankfurt/Oder einen Tag vor dem Termin aufgehoben. Dennoch fand der NPD-Aufmarsch nicht statt. Die 75 Teilnehmer versammelten sich am Potsdamer Bahnhof Pirschheide zu einer Kundgebung. Mehr als 1.500 Personen, unter ihnen Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), demonstrierten gegen die NPD-Veranstaltung.

Misserfolg in Vitrolles

Catherine Mégret hat ihr Bürgermeisteramt in der südfranzösischen Stadt Vitrolles verloren. Die Frau des Vorsitzenden der MNR, Bruno Mégret, muss ihren Bürgermeistersessel nun dem sozialistischen Kandidaten Guy Obino überlassen, der in der Stichwahl 54 Prozent der Stimmen erreichte.



Aufmarsch von NPD-Anhängern in Freiburg am 14.09.2002

Unnötige Aufwertung

VS-Vize gegen „Bündnis gegen Rechts"

„Freiburgs fragwürdiger Kampf gegen die NPD" - so titelten die „Stuttgarter Nachrichten" am 22. August diesen Jahres. Mit diesem Artikel ließ der Vizepräsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Hans-Jürgen Doll der Stadt und dem Gemeinderat mitteilen, dass sie mit Ihrer einstimmigen Entschließung, alle rechtlichen und politischen Mittel für die Verhinderung des Nazi-Aufmarsches einzusetzen, die aktuelle Rechtslage ignorieren und außerdem „gewaltbereite Linksextremisten" als Partner tolerieren würden.

von Heinz A. Siefritz

Die Stadt und der Rat hatten einstimmig einen Aktionstag am Aufmarschtag der Neofaschisten unter dem Motto: „Freiburg steht auf! Für eine offene Stadt – Gegen Fremdenhaß und Rassenwahn" beschlossen. Bereits am 18. März diesen Jahres hatte die NPD ihren Aufmarsch für den 14. September diesen Jahres, also eine Woche vor der Bundestagswahl, angemeldet. Ruchbar wurde das aber erst im Juli, nach Amtsantritt des neuen Freiburger Oberbürgermeisters, dem vorherigen Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Stuttgarter Landtag, Dr. Dieter Salomon.

Der DGB rief am gleichen Tag zu einem „Bündnis gegen Rechts" auf und meldete für sämtliche Plätze in Freiburg Veranstaltungen an. Dem Bündnis schlossen sich bis Ende August über einhundert Gruppen und über 2.000 Einzelpersonen an.

In einem Zeitungsartikel vom 22. August kritisierte der Verfassungsschutz-Vize Doll eine unnötige Aufwertung der NPD durch die Freiburger Verbotsverfügung: Sie ermuntere geradezu zur Gewalt - von links! Doll nannte die DKP, die mit zwei Räten im Gemeinderat vertretene „Linke Liste" und die VVN-BdA linksextremistische Gruppierungen und bemängelte einen nur nach rechts funktionierenden antitotalitären Konsens. Er legte der Stadt und den zuständigen Behörden keine konkreten Hinweise oder Erkenntnisse vor, sondern gab seine persönliche Einschätzung und politische Wertung von sich. OB Salomon konterte darauf via „Frankfurter Rundschau", dass er sich „als gewählter Oberbürgermeister von einem stellvertretenden Verfassungsschutz-Fiffi nicht anmachen" lasse. Während auch der DGB-Landesvorsitzende Bliesener scharf auf die Dollsche Attacke reagierte, kündigte der CDU-Kreisverband die Unterstützung der Demonstration auf.

Zur Kundgebung auf dem „Platz der Alten Synagoge" kamen am 14. September dann 15.000 Menschen. Die Neonazis durften vor dieser Kulisse auf einer Fläche von 200 Meter Länge und 30 Meter Breite ihre Kundgebung und Demonstration durchführen. Als die Polizei die 108 Neonazis in einen bereit stehenden leeren Zug brachte, begann in Freiburg auf allen Plätzen der Stadt ein großes Fest.

Schwarzbrauner Sumpf

von Herbert Kalus

Kontakte von CDU-Mitgliedern zu ausgewiesenen Neofaschisten sind seit Jahren keine Seltenheit. Die Parteispitze gibt sich bei Nachfragen unwissend, während ihre rechtsradikalen Mitglieder in aller Öffentlichkeit am braunen Rand agieren.

„Keine Sorge: Bei uns singt er keine verbotenen ‚Rechts-Lieder'", heißt es in einer Einladung der „Deutschen Konservativen" zu einem „Sonderkongress zur Bundestagswahl" Ende August diesen Jahres. Gemeint ist bei dieser Vorstellung der NPD-Liedermacher Frank Rennicke. Vorgestellt wird er als „umstrittener Sänger der ‚rechten Szene'". Weil mehrere Lieder Rennickes indiziert wurden und ein Strafverfahren wegen Volksverhetzung und Verbreitung jugendgefährdender Schriften gegen ihn lief, wollten die Kongressorganisatoren „Solidarität" zeigen und haben „ihn ganz bewußt und demonstrativ" eingeladen.

Würde es sich bei diesem Treffen allein um eine Veranstaltung des rechtskräftig wegen Volksverhetzung verurteilten CDU-Mitglieds Joachim Siegerist handeln, wäre eine derartige Einlage nicht verwunderlich. Aber zu den Einladern zählt auch Heinrich Lummer, CDU-Mitglied und ehemaliger Berliner Innensenator. Unter den Referenten finden sich zwei weitere Mitglieder der Christdemokraten: Der emeritierte Politikprofessor Hans-Helmuth Knütter und der ehemalige Schatzmeister der hessischen CDU, Casimir Prinz Wittgenstein, der durch seine Verwicklung in den hessischen CDU-Spendenskandal überregional bekannt wurde. Knütter, ehemaliger Autor für die „Bundeszentrale für politischen Bildung", denunziert mit Vorliebe antifaschistische Aktivitäten.

Und auch bei den „Deutschen Konservativen" stand das Feindbild fest. Das Eröffnungsreferat hielt der Berliner Ivan Denes zum Thema „Die DGB-Gewerkschaften als Feind Deutschlands und ihre Rolle bei den Bundestagswahlen".

Knütter ist offensichtlich nicht das einzige CDU-Mitglied, das Kontakte zur 1960 vom ehemaligen stellvertretenden Reichspressechef der NSDAP, Helmut Sündermann, gegründeten neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) unterhält. Im September trat der gerade für seine 25-jährige CDU-Mitgliedschaft geehrte Leitende Regierungsdirektor Jürgen Strödter aus Braunschweig, als Referent für die GfP auf.

Das Thema des im Internet angegebenen Ansprechpartners für die Bezirksregierung Braunschweig lautete: „Polen 1000 Jahre Nachbar Deutschlands. Fakten – Legenden – Ausblick".

Für geistig-kulturelle Hegemonie

Die Zeitschrift „Criticón" 1970-2002

Seit Sommer 1970 erscheint in München die Zeitschrift „Criticón", zuletzt Heft 175/Herbst 2002. Gründer und langjähriger Herausgeber war Caspar von Schrenck-Notzing, zuvor als Kritiker westlicher Besatzungspolitik sowie der Linken und Liberalen der Bundesrepublik hervorgetreten. Er gab 1996 ein „Lexikon des Konservatismus" sowie 2000 die Beiträge einer 1998 durchgeführten Tagung zum Stand der Konservatismusforschung heraus. 2000 folgte Gunnar Sohn als Herausgeber.

von Ludwig Elm

„Criticón" ging aus den Umbrüchen der späten sechziger Jahre hervor. Verschiedene Tendenzen beunruhigten rechte Intellektuelle: Das Vordringen antifaschistischer, antiimperialistischer und marxistischer Anschauungen sowie emanzipatorischer Bewegungen; andererseits der Ausbruch in offenen Nazismus und Antisemitismus sowie die ideellen Defizite der konservativen Parteien. Zugleich sahen sie sich weiterhin mit den Nachwirkungen des Fiaskos des deutschen Konservatismus konfrontiert, das sich aus dessen mehrheitlich prä- und profaschistischer Rolle zwischen 1914 und 1945 ergeben hatte.

Nunmehr erschien der Rückgriff auf konservative Denk–traditionen unumgänglich, um dem nach links driftenden Zeitgeist, aber auch einer bloß nazistischen Radikalisierung entgegenzuwirken. Es kam zu den neokonservativen Aufbrüchen jener Jahre in Gestalt von Stiftungen, Verlagen, Periodika und Schriftenreihen. Anlässlich der Fusion mit „Konservativ heute" hieß es später: „Beide Zeitschriften sind 1969/70 im ersten Aufschwung konservativer Publizistik entstanden. Im Ansturm der Studentenrevolte wollten die Konservativen dem im Protest enthaltenen kulturrevolutionären Programm die eigene Position entgegenstellen."

Die Spuren von Autoren führen nicht selten in nazistisch-rassistische Gefilde. Die Rubrik „Autorenporträt" stellt Vordenker des Konservatismus vor, wobei das direkte Anknüpfen an den völkisch-antidemokratischen und nationalistischen Ideen der Konservativen Revolution der Weimarer Republik - beispielsweise Ernst Jünger, Carl Schmitt und Oswald Spengler - das Traditionsverständnis wie die Bereitschaft kennzeichnet, Positionen bis zu Übergängen nach rechtsaußen zu vertreten. Erörterungen zum Verständnis von 'Konservatismus' nahmen einen wesentlichen Platz ein. Das gilt auch für die von rechts an der CDU geübte Kritik und die Erörterungen der siebziger Jahre über eine konservative 'Tendenzwende'. Es wurde versucht, den bis in den Kern beschädigten und diskreditierten 'Konservatismus' von historischem Ballast zu befreien sowie als geschichtliche und internationale Strömung zu rehabilitieren.

Ein hauptsächlicher Grund der Schwierigkeiten sei, schrieb Mohler 1972, „dass die Entwicklung der deutschen Rechten seit 1945 - wie diejenige der deutschen Politik seit 1945 überhaupt - im Banne von Auschwitz steht." Die Sieger von 1945 hätten „die deutsche Rechte mit dem Nationalsozialismus in einen Topf geworfen". Diese „richtete deshalb ihre Politik und ihr Denken nicht danach aus, was die Wirklichkeit von ihr forderte - was sie tat und dachte, hatte vielmehr den einzigen Zweck, die behauptete Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus zu widerlegen." Deshalb gäbe es bisher in der deutschen Politik „eine Rechte, die zählt, gar nicht".

Es war wiederum Mohler, der unter dem Eindruck spektakulärer Positionsgewinne der „Nouvelle Droite" unter Alain de Benoist auch in der Bundesrepublik einen rechtskonservativen Schub auszulösen suchte. Die Wiedergewinnung nationalen Selbstbewusstseins erfordere, dass die Konservativen sich gegenüber den „Nationalen" - lies: Rechtsextremen - öffnen und mit ihnen der „einseitigen Darstellung der Zeitgeschichte" entgegentreten: „Die deutschen Konservativen werden auf die Dauer die Kampagne eines zeitgeschichtlichen 'Revisionismus' nicht ignorieren können, welche seit Jahren schon eine kleine Schar von insbesondere angelsächsischen und französischen Autoren begonnen hat. Es geht dabei um mehr als bloße Retouschen an der bisherigen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg und das Dritte Reich."

Die „Vergangenheitsbewältigung" blieb ein ständiges Thema, da sie die Schlüsselprobleme des Geschichtsrevisionismus und der angestrebten „nationalen Identität" berührt.

Dem entsprachen entspannungsfeindliche Stellungnahmen zu den Ostverträgen, zur Oder-Neiße-Grenze, zum KSZE-Prozess, zu Abrüstung und NATO-Strategie. Mohler mahnte Ende 1981 eine „Neuorientierung der deutschen Außenpolitik" an, die einer klaren Feindbestimmung bedürfe, von nationalen Interessen geleitet sein müsse und den „Rekurs auf die Entscheidung durch Gewalt" nicht ausschließe. Innenpolitisch dominierte die Frontstellung gegen Sozialdemokratie, Sozialstaat und Liberalismus, ohnehin gegen Kommunisten, Sozialisierung, Demokratisierung und Gewerkschaften sowie gegen demokratische Bewegungen.

Anfang der achtziger Jahre agierten die Zeitschrift und ihr Autor Günter Rohrmoser führend in der Kampagne für eine „geistig-moralische Wende". Der Regierungswechsel im Oktober 1982 sollte genutzt werden, um eine konservativ-nationalistische und autoritär-unsoziale Profilierung der bundesdeutschen Politik herbeizuführen, die Union insgesamt nach rechts zu drängen und den Einfluss der liberal- und sozialkonservativen Gruppierungen nachhaltig zu verringern. Es wurde erwartet, dass der zuvor von Rechtsintellektuellen erbrachte ideologische Vorlauf aufgenommen sowie in Herrschaftspraxis umgesetzt würde. Beim Antritt der CDU/CSU/FDP-Regierung bezweifelte Rohrmoser, dass der Kanzler hinreichend bedacht habe, „dass die geistig-moralische Krise in unserem Volke das eigentliche Problem darstelle". Tatsächlich waren Kohl und sein Umkreis weder gewillt noch imstande, eine Kursänderung gemäß den rechtskonservativen Erwartungen zu vollziehen.

In der gesamten Zeit ihrer Existenz erfüllte die Zeitschrift integrative Funktionen in Bezug auf das rechte Spektrum. Das geschah vor allem durch Themen wie Nationalismus, Geschichtsrevisionismus, irrationale Geschichts- und Sozialphilosophien, fortschritts- und aufklärungsfeindliches geistiges Erbe, Antimarxismus und Antisozialismus, Macht- und Interessenpolitik sowie Wahrung und Fortführung der Traditionen des 'Soldatentums'. Monarchismus und Aristo-

kratismus, verbliebene Bastionen des Kolonialismus und Rassismus, beispielsweise in Südafrika und Rhodesien, fanden ebenso Rückhalt wie terroristische Regimes und Umtriebe in Lateinamerika, die Diktatur Pinochets in Chile eingeschlossen.

„Criticón“ informierte über gleichgerichtete geistig-kulturelle und politische Vorstellungen und Bestrebungen anderer Periodika, Schriftenreihen und Bücher, Verlage, Tagungen, Vereine und Gruppierungen sowie einschlägige Auseinandersetzungen.

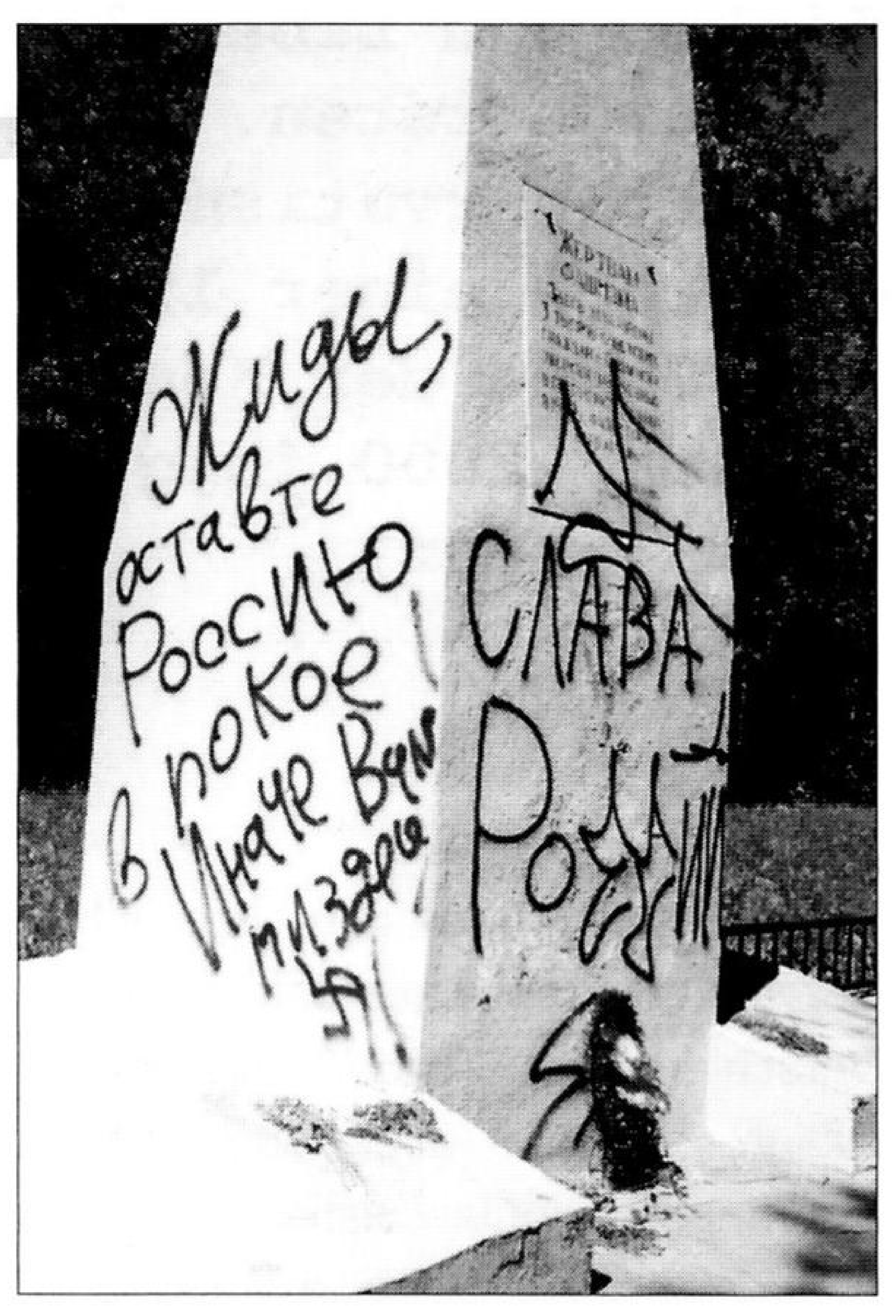
Mit dem Übergang in die vierte Dekade der Zeitschrift und ins 21. Jahrhundert wurde eine neue Debatte über die Zukunft des Konservatismus eröffnet. Gefordert seien vor allem „kritische, provokante, schonungslose und ideenreiche Zwischenrufe zu allen wichtigen Politikthemen“: Damit ist daran erinnert, sich den veränderten Bedingungen und den neuen Hauptthemen zu stellen. Tatsächlich ist nur so auf den gesamtgesellschaftlichen Diskurs Einfluss zu nehmen oder sind Ambitionen auf geistig-kulturelle Hegemonie künftig aussichtsreicher zu verfolgen. „Criticón“ schickt sich an, diesen Motiven aus seiner Gründerzeit gegen alle Widrigkeiten und Gegenkräfte treu zu bleiben.

Terror durch Plakatbomben

Neofaschistische Gewalt in Russland

Mit dem Bombenanschlag vom 27. Mai diesen Jahres wurde eine neue Form der rechtsextremen Gewalt in Russland ausgeübt: Am Randstreifen einer Schnellstraße bei Moskau wurde ein Plakat mit der Aufschrift „Tod den Juden!“ aufgestellt, mit dem eine Bombe verbunden wurde. Eine Frau, die anhielt und versuchte, das Plakat zu entfernen, wurde durch die Explosion schwer verletzt.

von Tanja Koch



Geschändetes Denkmal bei Smolensk. Die Sprühereien: „Juden, lasst Russland in Ruhe! Sonst kriegen wir euch! Heil Russland!“

Dies war der erste gegen Menschen gerichtete antisemitische Bombenanschlag im postsowjetischen Russland. Der Unterschied der „Plakatbombe“ zu den etablierten Formen der antisemitischen Gewalt, wie bspw. Schändungen von und Anschläge auf religiöse sowie kulturelle Einrichtungen, besteht in ihrem defokussierten Charakter: die Bombe galt quasi allen jüdischen und antifaschistisch eingestellten Menschen. Allerdings weist sie auch Kontinuitäten auf: Die symbolische Wirkung des Anschlags, die Drohung sollte den von ihr unmittelbar angerichteten Schaden noch übertreffen.

Dem ersten „Plakatenanschlag“ folgten in den nächsten zwei Monaten mehrere Nachahmungen in verschiedenen Teilen Russlands. Mit einer Ausnahme waren an antisemitischen Plakaten nicht Bomben, sondern Bombenattrappen befestigt. Das erlaubt allerdings nicht, diese ganz zu verharmlosen: auch ohne realen Sprengstoff, allein durch den Bezug auf den ersten Fall, konnten die Täter die Drohung formulieren. Das lässt sie als Hauptintention dieser Anschläge noch deutlicher aufscheinen.

Keine Organisation hat sich zu den Taten bekannt. Bisher wurden nur in zwei Fällen (in beiden ging es um Attrappen) mutmaßliche Täter ermittelt, es waren insgesamt drei Jugendliche. Auf die Spekulationen bezüglich der Täterschaft in den anderen Fällen will ich mich nicht einlassen. Der Charakter der Anschläge weist jedoch auf die politischen Motive der organisierten Rechten hin. Sie passen nämlich perfekt in die Logik des von den Rechtextremen verbreiteten verschwörungstheoretisch geprägten Antisemitismus. Dieser formuliert das Feindbild der allgegenwärtigen und unsichtbaren Gefahr, auf welche die anonyme und depersonifizierte Gewalt eine adäquate Antwort darstellen soll. Durch die antisemitische Propaganda haben die rechtsextremen Strukturen eine ideologische Basis für die Anschläge geschaffen.

Vor einigen Jahren war in zivilgesellschaftlichen Kreisen die Meinung verbreitet, die Bekämpfung der rechtsextremen Propaganda sei eine überflüssige Beschäftigung. Der erste Schock durch das Entstehen der Nazi-Organisationen während der Perestrojka war vorbei, die pessimistische Prognose einer faschistischen Diktatur erwies sich als übertrieben, die Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien ließen allmählich nach. In dieser Situation erinnerte die rechte Szene manche Beobachter ein wenig an die Sandkastengesellschaft: „National-Patrioten“. Diese treffen sich, tauschen ihre Zeitungen, rufen zu „bösen“ Sachen auf, aber im Grunde genommen tun sie nichts und haben keinen Einfluss in der Gesellschaft. Dabei wurde auch von manchen Experten übersehen, dass dieser Einfluss erst erreicht werden soll, und dass er nicht unbedingt mit Wahlerfolgen zu tun hat.

Die Eingliederung in die Machtstrukturen funktioniert auch auf anderen Wegen. Es sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Neonazikader als Berater von städtischen Beamten tätig sind oder gar für die Jugendarbeit zuständig.

Noch relevanter ist allerdings die Macht über die Köpfe. Die Erfahrung zeigt, dass die Nazis einen wesentlichen Einfluss auf die öffentliche Meinung nur dort ausüben konnten, wo die „nach rechts offenen“ etablierten Akteure ihnen den Zugang zu Ressourcen gewährten oder selbst ihre Ideologie reproduzierten. Die Mobilisierung innerhalb des eigenen Sympathisantenkreises kann jedoch auch mit eigenen, nach außen unbedeutenden Blättern erfolgreich betrieben werden, was hier der Fall war.

Jetzt ist eine neue Generation der Rechtsradikalen großgeworden, deren Handlungsrepertoire auf der Gewaltanwendung basiert. Es sind vor allem NS-Skinheads, aber auch die neuen Kader mancher Neonazi-Par-

teien. Die aggressiven, menschenverachtenden Worte der letzten Jahre („Schlagt tot die Juden, Kaukasier...") werden jetzt zu Taten. Die allgemeine Empfänglichkeit für nationalistische Ideen ist eher ein Verdienst der staatlichen und medialen Stimmungsmache für eine russische Identität und russische Interessen, die - vor allem in Bezug auf den Tschetschenienkrieg - auch mit rassistischen Tönen unterlegt war. Das Handlungsprogramm wurde dennoch von den marginalen radikalen Rechten formuliert.

Gerade dieses Handlungsrepertoire gewinnt jetzt insgesamt an politischer Wichtigkeit hinzu. In den letzten zwei bis drei Jahren ließ die Bedeutung der parlamentarischen Demokratie stark nach, was sowohl mit der Aushöhlung ihrer Prinzipien „von oben" als auch mit der wachsenden Enttäuschung der Bevölkerung zu tun hat. Seit dem Wahlsieg des heutigen Präsidenten Wladimir Putin wird die politische Landschaft des Landes allmählich flach: Die meisten Vertreter der jeweiligen politischen Richtungen beeilten sich, sich zu dem „Zentrismus" zu bekennen, und den radikalen politischen Minderheiten werden die Möglichkeiten der öffentlichen Parteipolitik versperrt. Unter diesen Umständen sind andere Politikformen vielverprechender, die auf dem Prinzip der „direkten Aktion" beruhen.

Am deutlichsten nahm in letzten drei Jahren die rassistische Gewalt gegenüber „nicht slawisch" aussehenden Menschen zu. Mit den beiden bekannteren Pogromen in Moskau im letzten Jahr erreichte sie die Qualität von organisierten Großaktionen, deren politischer Charakter sich nicht mehr - oder höchstens von hohen Polizeibeamten - leugnen ließ. Die darauf folgende Debatte machte deutlich sichtbar, dass die Opfer (vor allem Menschen aus dem Kaukasus) von den meisten Russen eher als ein Teil des Problems oder gar eigentliches Problem gesehen werden. Die Täter werden zu aus dem Bauch agierenden benachteiligten Jugendlichen stilisiert, und die Ablehnung richtet sich eher gegen ihre Aktionsformen, die die „öffentliche Ordnung" stören. Die Gewaltaktionen lieferten die Möglichkeit, die etablierten Diskurse weiter nach rechts zu rücken, und besaßen somit einen Propagandawert. Dies war natürlich nur vor dem Hintergrund des allgemeinen antikaukasischen Alltagsrassismus möglich.

Dieser ist in Russland seit ca. Mitte der 1990er Jahre intensiver, offener und insgesamt weiter verbreitet als der Antisemitismus. Aber vom Verschwinden des Letzteren kann leider nicht die Rede sein. Immer wieder werden antisemitische Töne in der Politik und in Alltagssituationen laut. Diese Ressentiments können einander nicht gegenseitig verdrängen, denn sie stellen unterschiedliche Feindbilder auf und erfüllen verschiedene ideologische Funktionen. Der antikaukasische Rassismus ist viel stärker dazu geeignet, ein Anschlusspunkt zwischen der Nazi-Szene und der „Mitte der Gesellschaft" zu sein (die antisemitischen Anschläge stoßen auf viel weniger Verständnis als die antikaukasischen Pogrome). Aber innerhalb der rechtsradikalen Kreise gehört der Antisemitismus nach wie vor zu den ideologischen Grundsätzen. Die antisemitischen Aktionen (Anschläge auf Synagogen, Schändungen von Friedhöfen, „Plakatbomben") sind ein Element derselben faschistischen Politik, zu der auch die rassistischen Pogrome und die Straßengewalt gehören.

Angesichts des allgemeinen Rechtsrucks in der Politik und in der Öffentlichkeit sowie der Resignation von antifaschistisch eingestellten Menschen bedarf es eines enormen Aufwands von Arbeit, um diese Tendenz umzukehren und die nazistische Ideologie aus den Köpfen heraus zu bekommen.

Neonazi-Zelle aufgeflogen

Am 9. August diesen Jahres hob die Polizei eine Neonazizelle namens „SS-Kampfgemeinschaft Prinz Eugen" aus. In einer konspirativen Wohnung im 19. Wiener Gemeindebezirk wurde ein umfangreiches Waffenlager beschlagnahmt, bei darauf folgenden Hausdurchsuchungen in Wien, Niederösterreich und der Steiermark stießen die Ermittler auf NS-Propagandamaterial, Umsturzpläne und weitere Waffen. Drei Personen wurden in Untersuchungshaft genommen.

von Heribert Schiedel

Offen betätigt haben sich die mutmaßlichen Neonazis und Umstürzler in der rechtsextremen „Döblinger (später: Die) Initiative Autofahrer Rechte" (DIAR). Die 1992 gegründete DIAR beschränkte ihre öffentliche Tätigkeit weitgehend auf Lobbying für Raser und wüste Drohungen gegenüber Radfahrern, (v.a. grünen und sozialdemokratischen) Politikern und Polizeibeamten.

Diese Zweigleisigkeit – hier legale politische Betätigung oder bürgerliche Existenz, dort konspirative Zellenbildung von terroristischer Qualität – entspricht einem verbreiteten Konzept in der Neonaziszene: 1991 erschien in Deutschland die Schrift „Eine Bewegung in Waffen", in welcher die Teilung der Szene in einen legalen und einen illegalen Flügel propagiert wird. Letzterer wird in Anlehnung an den geplanten Untergrundkampf der NSDAP nach der Zerschlagung des „Dritten Reiches" als „Werwolf" bezeichnet. Er setzt sich zusammen aus verlässlichen, in der Öffentlichkeit möglichst unbekannten Kadern, die konspirative Zellen bilden und sozusagen als „Feierabend-Terroristen" agieren sollen. Das Ziel stellt die Destabilisierung des verhassten „Systems" mittels punktueller Schläge dar.

Als Kopf der DIAR galt der im Juni dieses Jahres verstorbene Georg Gasser, der vom Anwalt der Verdächtigen wenig überraschend auch als alleiniger Drahtzieher der „SS-Kampfgemeinschaft" dargestellt wird. Er begann seine Neonazi-Karriere bei der „Aktion Neue Rechte" (ANR). Diese antwortete Ende der 1970er Jahre auf ein drohendes Verbot mit dem Gang in den, wie es damals formuliert wurde, „informellen Untergrund". Während einige ANR-Kader gänzlich von der Bildfläche verschwanden oder in die Organisierte Kriminalität abtauchten, betätigten sich andere weiter im (legalen) rechtsextremen Milieu. Der als extrem gewaltbereit geltende Gasser etwa engagierte sich vor der Gründung der DIAR in der „National-Konservativen Union" (NAKU) Wilhelm Ehemayers. Gemeinsam mit diesem betrieb er dann nicht nur die DIAR, sondern auch die „Europaburschenschaft Tafelrunde zu Wien". Diese sogar in der Wiener Burschenschafterszene als zu weit rechts

außen verschrieene Korporation zählte Mitte der 1980er Jahre Wolfgang Haberler, heute stellvertretender FPÖ-Landesparteiobmann in Niederösterreich, zu ihren führenden Aktivisten. Gemeinsam mit dem ehemaligen ANR-Boss Bruno Haas schrieb Gasser Anfang der 1990er Jahre für das deutsche Szeneblatt „Nation". In Gassers Wohnung fanden Terrorfahnder u.a. eine „Ku Klux Klan"-Mitgliedsurkunde. Laut seinem Anwalt war er bis 2000 Mitglied in der FPÖ. Die weitgehend ausgebliebene Umsetzung freiheitlicher Wahlversprechen soll dann für Gassers weitere Radikalisierung verantwortlich gewesen sein. Tatsächlich verdichteten sich auf der DIAR-Homepage seit 2001 die Hinweise auf zunehmende Aggressionsbereitschaft, Paranoia und Militanz.

Laut „profil" würden auch Spuren zu weiteren, ebenfalls als besonders militant geltenden Neonazis wie Frank Swoboda oder Wolfgang Fröhlich verfolgt.

Tatsächlich ging kurz nach dem Auffliegen der „SS-Kampfgemeinschaft" eine Nachricht über Swobodas „Ostara"-Mailinglist raus: „Ständige Hausdurchsuchungen und Verhaftungen machen uns das Leben und die Arbeit schwer." In der Vergangenheit fanden sich auf „Ostara" zahllose Belege für das Gewaltpotential bei Swoboda und seinem Umfeld, wo man den Hass auf das „System" und seine „Lakaien" kultiviert: „Kämpfe auch physischer Natur stehen bevor [...]. Im Notfall ist von der Waffe gebrauch zu machen." „Eines Tages jedoch wird der Bogen überspannt sein und die Dämme werden brechen. Hoffentlich hat jeder genug Waffen und Munition gebunkert, um es den Verbechern heimzuzahlen." „Die Zeit wird kommen, wo diese gekauften, im Dienst des Weltzionismus stehenden Kreaturen in Front eines Exekutionskommandos stehen werden."

Nachdem „Ostara" unlängst wieder mal von einem Provider rausgeschmissen worden war, fand die Homepage Ende August diesen Jahres am Server von Gerry R. Lauck, dem formalen Führer der NSDAP/AO, Aufnahme.

Fröhlich wiederum befindet sich schon seit Anfang 2000 im Untergrund. Im Juni 2001 behauptete er in einer Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Wien, dass er in einem persönlichen Gespräch aufgefordert worden sei, sich am gewalttätigen Vorgehen gegen „Politiker, Justizangehörige, Historiker und Journalisten, die sich bei der Verbreitung des ‚Holocaust'-Schwindels besonders hervorgetan haben", zu beteiligen. Da er hinter der Aufforderung nicht aufrichtige Gesinnung, sondern geheimdienstliches Interesse vermutete und außerdem Gewalt ablehne, wies er dieses Ansinnen angeblich entschieden zurück.

Wie weit die Kreise der Beteiligten sich auch noch ziehen werden, fest steht schon jetzt, dass sich mit dem Auffliegen der „SS-Kampfgemeinschaft" alle Versuche der Politik, die Neonaziszene in Österreich zu verharmlosen oder deren Existenz gar zu leugnen, ordentlich blamiert haben.

Ende der „Wende"?

Zum Scheitern der FPÖ an ihren Widersprüchen

Es kam, wie es kommen musste: Die FPÖ hat den Bogen zwischen Regierungsarbeit und Oppositionsgehabe überspannt und sich selbst aus der Koalition mit der ÖVP geschossen. Was als taktisch motivierte Arbeitsteilung – hier die technokratische Exekution der neoliberalen Standortlogik, dort die national-soziale Agitation unter den Opfern derselben – begann, entwickelte sich mit der Zeit und angesichts rapide fallender Umfragewerte zum heftigen Fraktionskampf.

von Heribert Schiedel

Als am Höhepunkt dieses Bandenkrieges der symbolische Übervater der ganzen Horde sich zunächst auf die Seite der nationalen Fundis schlug, um diese dann mit ihrem Sieg alleine zu lassen, war das Chaos perfekt: Führerlos und vom konservativen Koalitionspartner verbannt, standen die Restfreiheitlichen wie gelähmt vor den Folgen ihres Treibens.

Die Revolte frisst ihren Vater

Unmittelbarer Anlass für das Ausbrechen des offenen Flügelkampfes war die angesichts der Hochwasserschäden im August erfolgte Rücknahme des Versprechens steuerlicher Entlastung bereits 2003. Hatte sich zunächst der FPÖ-Parteivorstand einstimmig den so genannten Sachzwängen ergeben, begann Jörg Haider die Seinen – mehrheitlich Angehörige des burschenschaftlichen Kerns der FPÖ – um sich zu scharren und gegen die eigenen Leute in der Regierung zu mobilisieren. Wie immer tat er dies unter Androhung seines endgültigen Rückzuges aus der Bundespolitik. Doch im Unterschied zu früher schien das nun fast niemand mehr ernst zu nehmen. Auch war das Selbstbewusstsein der freiheitlichen Regierungsmitglieder und formalen Parteispitze um Vizekanzlerin Riess-Passer mittlerweile derart angewachsen, dass solche Drohungen nun an ihnen abprallten. Erstmals gaben Haiders Ziehsöhne und -töchter ihrem Übervater zu verstehen, dass sie ganz gut ohne ihn auskämen. Der ob solch Blasphemie wild gewordene national-soziale Haider-Anhang weitete darauf hin seine Angriffe aus: Zur Forderung nach einer Steuerreform kam der Widerstand gegen den Kauf von neuen Abfangjägern (Eurofighter) und die EU-Osterweiterung. Verbunden wurden diese Forderungen mit der Drohung eines Sonderparteitages, für welchen innerhalb kürzester Zeit auch die notwendischen Unterschriften von Delegierten gesammelt wurden. Die FPÖ-Spitze drohte darauf hin mit Rücktritt, was wiederum niemand im Haider-Lager ernst nahm. Nun begann dem Kärntner Landeshauptmann und „einfachen Parteimitglied" die Sache aus der Hand zu gleiten, die von ihm angezettelte Palastrevolte entwickelte eine eigene Dynamik. Dabei wurde es für Außenstehende immer schwieriger, die Motive hinter der Auseinandersetzung zu erkennen. Zu den unterschiedlichen politischen und sozialen Interessenlagen kamen gekränkte Eitelkeiten, Revierkämpfe und Geltungsdrang.

Franz Schönhuber meint dazu in „Nation & Europa", die FPÖ-MinisterInnen hätten „sich zunehmend von den Wünschen der Parteibasis" entfernt „und passten sich den Macht-

gepflogenheiten des alten Regimes an, übten sich gar in ‚political correctness'. Vor allem der national-liberale Kern kannte sich in der Regierungsarbeit kaum wieder."

Dieser als national-liberal verharmloste rechtsextreme Kern, allen voran Rädelsführer Ewald Stadler (FPÖ-Niederösterreich), hatte mit Riess-Passer und Konsorten tatsächlich einige Rechnungen offen. Anfang diesen Jahres distanzierte sich die amtierende FPÖ-Spitze von einem Besuch Haiders bei Saddam Hussein, welcher von Stadler als Präsident der „Österreichisch-Irakischen Gesellschaft" eingefädelt worden war. Und während der burschenschaftliche Kern der FPÖ den



8. Mai öffentlich als Tag der „totalen Niederlage" betrauerte, betonte die Obfrau den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes und sprach von der „Dankbarkeit gegenüber all jenen, die dazu beigetragen haben, dass wir heute in Frieden und Sicherheit leben". Als sich dann noch Ende Juli in Klagenfurt die Spitze des „Vlaams Blok" mit Haider traf und dieser laut über ein Bündnis mit den flämischen Nationalisten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nachdachte, platzte der um internationale Salonfähigkeit bedachten FPÖ-Führung endgültig der Kragen. Spätestens nach deren öffentlicher Distanzierung von Haiders Bündnispartnern waren die Gräben nicht mehr zu überbrücken. Ähnlich der Situation vor dem Innsbrucker Parteitag 1986, auf welchem Haider in einer Kampfabstimmung gegen den liberalen Kandidaten den Parteivorsitz eroberte, stellte sich die FPÖ als gespalten dar: Hier die mitregierenden Realos, dort die oppositionellen Fundis, zusammengefasst in den mächtigen Landesorganisationen von Wien, Kärnten sowie Ober- und Niederösterreich.

Ein kurzfristig von Haider einberufenes Treffen der aufständischen Delegierten sollte den programmierten Supergau in letzter Sekunde verhindern. Doch das dort angenommene „Kompromisspapier", dessen Umsetzung die Haider-Fans mit einer Absage des Sonderparteitages quittiert hätten, war in Wahrheit ein Affront gegen das Riess-Passer-Lager. Die Vizekanzlerin, Finanzminister Grasser und Fraktionsvorsitzender Westenthaler gaben daraufhin ihren Rücktritt bekannt, weitere Führungskader folgten ihrem Beispiel. Ursprünglich wäre der Rücktritt der gesamten FPÖ-Regierungsmannschaft geplant gewesen, jedoch wechselten die restlichen Minister und StaatssekretärInnen rechtzeitig auf die siegreiche Seite. Die ÖVP reagierte wie erwartet und kündigte die Koalition auf, da diese nicht mehr die notwendige Unterstützung in der ebenfalls gespaltenen FPÖ-Parlamentsfraktion gefunden hätte.



Neuer Vorsitzender der FPÖ Reichhold

Nun wäre der Weg frei gewesen für die Rückkehr Haiders. Nach anfänglicher Bereitschaft, den Parteivorsitz wieder zu übernehmen, zog der Held der aufständischen Basis angesichts der drohenden Niederlage bei den Wahlen am 24. November (die FPÖ fiel in Umfragen von 27,9 auf gerade mal 13 Prozent) sein Angebot aber zurück. Es war wohl auch der befürchtete Widerstand des vormaligen Regierungsflügels, der Haider sich endgültig (?) von der Bundespolitik verabschieden ließ. Als offizielle Begründung musste freilich was anderes herhalten: Haider berichtete von einer Begegnung mit einem finsteren Vertreter der „Waffen-Lobby", der ihm und seiner Familie drohte, falls er nicht den Widerstand gegen den Ankauf der Eurofighter aufgebe. Noch beim Gehen unterstellte Haider seinen Leuten in der Regierung Bestechlichkeit und ein Nachgeben gegenüber dieser Lobby. Diese FPÖ sei nicht mehr die Seine, sondern ein „maßgeschneiderter Koalitionspartner für die ÖVP".

Nun war der Verfallsprozess der FPÖ nicht mehr aufzuhalten: Ganze Ortsgruppen lösten sich auf, Panik befiehl die Führerlosen, die sich jetzt untereinander bekämpften. Auf einem eilig einberufenen Sonderparteitag am 21. September wurde versucht, zu retten, was noch zu retten ist. Mit Infrastrukturminister Mathias Reichhold wählte sich die FPÖ einen Kompromisskandidaten zum Vorsitzenden. Der Kärntner Biobauer, der sich selbst mal als Haiders „Platzhalter" bezeichnet und sich dann aber mit dem Riess-Passer-Lager arrangiert hatte, konnte 92 Prozent der Delegiertenstimmen auf sich vereinigen. Dies vor allem deswegen, weil er es in seiner Wahlrede nicht an Demutsbekundungen gegenüber dem großen Abwesenden mangeln ließ. Haider habe ihn „ausgewählt", rief Reichhold der versammelten Basis zu. Auch zwei seiner StellvertreterInnen, Sozialminister Haupt und Magda Bleckmann, gelten als Garanten des Haider-Kurses.

Tatsächlich scheint die FPÖ auch ohne Haider wieder das zu werden, was sie ist. Dafür spricht auch der gerade angelaufene Wahlkampf, in welchem die Partei massiv auf die bewährten Themen „Überfremdung" und „Asylmissbrauch" sowie auf den Revanchismus gegenüber den osteuropäischen Erweiterungskandidaten setzt. Dass sich Reichhold nicht lange halten wird, davon gehen in Österreich fast alle aus. Wie überhaupt eine FPÖ ohne Haider sich spätestens vor oder in einer neuerlichen Koalition mit der ÖVP wohl endgültig spalten wird.

„Republikaner" kooperierten mit Neonazis

Jahrelang haben Polizei und Verfassungsschutz die Bedeutung des Neonazivereins „Freundeskreis 'Ein Herz für Deutschland' Pforzheim e.V." (FHD) in Pforzheim und dem Enzkreis verheimlicht oder heruntergespielt. Bei diesem handelt es sich um eine der aktivsten Neonaziorganisationen in Baden-Württemberg. Beinahe alle rechtsextremen Aktivitäten in der Region Pforzheim stehen im direkten Zusammenhang mit dem FHD. Das belegt nun eine Dokumentation des Pforzheimer „Bündnis gegen Rechts". Diese könnte nun auch für „Die Republikaner" (REP) Konsequenzen haben, zumal sie jahrelang mit dem FHD zusammenarbeiteten.

So waren beispielsweise der damalige REP-Landtagsabgeordnete Lothar König und der damalige REP-Landtagsabgeordnete sowie noch heutige REP-Kreisvorsitzende und Stadtrat Klaus Rapp nicht nur bei Veranstaltungen des FHD zugegen, sondern dort auch selbst Referenten. Der ehemalige REP-Stadtrat Fritz Herzberg schrieb zudem Artikel für die vom FHD herausgegebenen Zeitschrift „Freies Wort Pforzheim".

Die Zusammenarbeit ging sogar so weit, dass der Neonazi-Führer und erste Vorsitzende des FHD, Silvio Corvaglia, mit acht weiteren Mitgliedern des FHD bei der letzten Kommunalwahl 1999 auf der Liste der „Republikaner" kandidierte und der FHD diese tatkräftig im Wahlkampf unterstützte.



NPD Aufmarsch in Essen am 06.05.2000

„Deutsche Zwangsarbeiter" fordern Entschädigungen

Rudi Pawelka hält nicht viel davon, die üblichen Behördenwege einzuschlagen. Direkt zum Bundeskanzleramt marschierte der ehemalige Polizeibeamte aus Leverkusen am 21. August diesen Jahres mit der Resolution, die er offenbar als Chefsache behandelt wissen will.

von Jörg Kronauer

Zwar hatte das Kanzleramt ihn schon zuvor darauf hingewiesen, dass auch er sich an die üblichen Schritte zu halten habe. „Wir hätten die Resolution an einen Referatsleiter des Innenministeriums übergeben sollen", berichtete Pawelka der „Jungen Freiheit": „Das haben wir natürlich nicht gemacht."

Die Resolution, die Pawelka – derzeit Bundesvorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien" – im Anschluss an eine verhältnismäßig gut besuchte Pressekonferenz übergab, enthält klare Forderungen. Sie verlangt von der deutschen Regierung „ein unverzügliches Handeln" zugunsten einer „Opfergruppe", deren „unvergleichliche Leiden" noch immer „im Dunkel des Vergessens" lägen und deren „Benachteiligungen" jetzt „beseitigt" werden sollen: Der „deutschen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen".

Seit etwa zwei Jahren arbeiten die deutschen „Vertriebenen" an einer Kampagne, die noch für größeres Aufsehen sorgen könnte – nachdem die Planung eines „Zentrums gegen Vertreibungen" und die Forderung nach Aufhebung der so genannten Beneš-, Bierut- und AVNOJ-Dekrete inzwischen ihren Weg von den völkischen Stammtischen in die Regierungsapparate genommen haben. Kaum waren die Verhandlungen um eine Entschädigung für die NS-ZwangsarbeiterInnen abgeschlossen, da trat ein neues Agitationsorgan der „Vertriebenen" an die Öffentlichkeit: Der „Arbeitskreis Deutsche Zwangsarbeiter" (AKDZ).

Dem im Jahr 2000 ins Leben gerufenen AKDZ gehören gegenwärtig neben dem „Bund der Stalinistisch Verfolgten" neun Landsmannschaften an. Er hat inzwischen etwa 70.000 Personen erfasst, die von sich behaupten, in Folge des Zweiten Weltkriegs außerhalb Deutschlands Zwangsarbeit geleistet zu haben. Für die „deutschen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen" verlangt der AKDZ von der deutschen Regierung nun „Entschädigung in Form einer humanitären Geste", eine monatliche Opferrente sowie Gespräche mit den „für die Zwangsarbeit verantwortlichen Staaten".

Die „deutschen Zwangsarbeiter", die – so AKDZ-Sprecher Pawelka – „nichts weiter fordern als Gleichberechtigung mit denen, die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur wurden", sind eine höchst heterogene Personengruppe. Ihre Gemeinsamkeit besteht nur darin, dass sie in Folge des Zweiten Weltkriegs außerhalb Deutschlands zu Arbeit verpflichtet wurden. Den größten Teil dieser Gruppe stellten kriegsgefangene Wehrmachtssoldaten, die sich vor allem in Frankreich und in der Sowjetunion an der Behebung der von ihnen selbst angestellten Verwüstungen beteiligen mussten. Von Bedeutung waren weiterhin gemäß des Potsdamer Abkommens umzusiedelnde Deutsche, die häufig einige Zeit in Lagern verbrachten, bevor ihre Umsiedlung durchgeführt werden konnte – in den weithin zerstörten Umsiedlungsgebieten gab es neben dem Transfer der selbst ernannten „Herrenmenschen" auch andere drängende Aufgaben. Nicht zu vergessen sind die inhaftierten Parteinazis und die deutschen Kriegsverbrecher, die in Gefängnissen und Straflagern untergebracht wurden.

Der AKDZ reitet gern auf einer vierten Personengruppe herum: Den „Zivilinternierten". Berichte von „Zivilinternierten" nähren Zweifel an deren politischer Unschuld. Wer in „Zivilinternierten"-Lagern „von der Endgültigkeit der deutschen Niederlage sprach, sah sich dem blanken Hass der Mitgefangenen ausgesetzt", heißt es im "Ostpreußenblatt"; das „Deutschlandlied" sei besonders beliebt gewesen, berichtet eine ehemalige deutsche Internierte in ihrer Autobiographie. Es dürften gewiss auch Unschuldige interniert worden sein; doch darf nicht vergessen werden, in welcher Situation das geschah: Weite Teile Europas waren von Deutschen zerstört, Millionen Menschen in einem Vernichtungskrieg umgebracht worden; und – was einer breiten Öffentlichkeit außerhalb des Deutschen Reichs gerade in den letzten Kriegsmonaten durch die Befreiung der Vernichtungslager bekannt wurde: Die Deutschen hatten zum ersten Mal in der Geschichte die industrielle Ermordung von Menschen, insbesondere die Vernichtung des Judentums in Gang gesetzt.

Pawelka und der AKDZ verlangen nun eine „symbolische Anerkennung" der „Gleichwertigkeit" deutscher ZwangsarbeiterInnen mit den Opfern des Nationalsozialismus. Untermauert werden soll sie mit einer „Entschädigungszahlung zwischen 5.000 und 14.000 Mark": „Das entspräche dem, was die NS-Zwangsarbeiter bekommen". Und damit nicht genug – die AKDZ-Resolution vom 21. August fordert eine in Zukunft womöglich rechtlich einzuklagende Umkehrung von TäterInnen und Opfern: „Die für die Zwangsarbeit verantwortlichen Staaten sind in bilateralen Gesprächen anzuhalten, ihrer moralischen Verpflichtung gegenüber den Betroffenen nachzukommen."

Wie die Chancen dafür stehen, ist zurzeit nicht sicher auszumachen. Die rot-grüne Bundesregierung scheint vorerst größeres Aufsehen vermeiden zu wollen und speist den AKDZ mit einem Verweis auf die „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge" ab. Deren Etat ist von 300.000 Mark im Jahr 1999 auf fünf Millionen Mark im Jahr 2001 erhöht worden, und nach der Neufassung eines Bearbeitungshinweises des Bundesinnenministeriums vom 12. Februar 2002 können grundsätzlich alle Deutschen, die östlich von Oder und Neiße interniert wurden, eine Entschädigung aus den Stiftungsgeldern beantragen.

Dennoch hält sich auch Rot-Grün den AKDZ und seine Revisionsbestrebungen warm. Er müsse „der Fairness wegen sagen, dass wir, was unsere Auslandskontakte angeht, inzwischen auch Unterstützung, etwa vom Bundesinnenministerium oder von der deutschen Botschaft in Warschau, erhalten", teilte Pawelka dem verblüfften Interviewer der „Jungen Freiheit" mit. Im polnischen Lambinowice ist auf deutsches Betreiben hin kürzlich eine Gedenkstätte für deutsche Internierte eingeweiht worden.

Mehr als Antifaschismus

Vereinigungskongress der VVN-BdA

Bisher gab es zwei Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes in Deutschland, zwei sehr unterschiedliche Vergangenheiten in Ost und West. Am 4. Oktober diesen Jahres beschlossen nun die 200 Delegierten der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen und Antifaschisten" (VVN-BdA) und der „Verband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener" (VVdN-BdA) den Zusammenschluss beider Vereinigungen zur VVN-BdA, der nun über 11.000 Mitglieder angehören. Mit den neuen Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands, Cornelia Kerth (VVN) und Hans Coppi (VVdN) sprach die Zeitschrift Der Rechte Rand über die gemeinsame und trennende Geschichte und die zukünftig anstehenden Aufgaben.

Das Interview für die Zeitschrift DER RECHTE RAND führte Andreas Speit.

Der Rechte Rand: Was trennte zwölf Jahre lang die VVN-Ost und -West?

Cornelia Kerth: Nach der Wiedervereinigung stellten sich für beide Vereinigungen sehr unterschiedliche Aufgaben. Im Westen waren wir vor allem bemüht, gegen die ständigen Pogrome und den sich festigenden rassistischen Konsens anzugehen.

Hans Coppi: ... und im Osten mussten wir uns besonders um die soziale Sicherung der Widerstandskämpfer kümmern, deren Ehrenrente gestrichen werden sollte. Aber auch die staatliche Diskreditierung des Antifaschismus, von der Umbenennung von Straßen bis zur Abschaffung und Umwidmung der Gedenkstätten, führte zu anderen Gewichtungen.

C.K.: Die Debatte um den ‚verordneten Antifaschismus' und die damit einhergehende Strategie der Delegitimierung des Antifaschismus betraf uns natürlich auch. Aber anders. Deshalb führten wir dann auch gemeinsame Tagungen durch, um uns anzunähern.

DRR: Im Westen als ‚linksradikal' betitelt, im Osten als ‚obsolet' erklärt. Über 50 Jahre sehr unterschiedliche politische Erfahrungen und kulturelle Prägungen - wie geht dies zusammen?

C.K.: Langsam. Der Prozess der Verschmelzung ist jetzt ‚nur' formal abgeschlossen. Die unterschiedlichen Erfahrungen werden sich wohl auch in Zukunft immer mal wieder auswirken. Wir haben die Vereinigung wegen der anderen Auseinandersetzungen nicht gleich angestrebt, sondern versucht uns vorsichtig anzunähern.

DRR: Welche Erfahrungen wirken sich wie aus?

H.C.: De facto hat bis 1953 eine gesamtdeutsche VVN bestanden. Im Westen versuchten die Regierenden, sie dann später zu verbieten. In einigen Bundesländern mit Erfolg. Im Osten erklärte die SED die Aufgaben der VVN 1953 als erledigt, befahl die Auflösung und schuf das „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer". Erst 1990 gründeten wir den BdA, mit dem wir auch den Bruch zur politischen Instrumentalisierung und Verengung des Antifaschismus in der DDR markierten. Diese Prägungen und Erfahrungen wirkten sich in einem manchmal unterschiedlichen Politikverständnis und Herangehen aus.

C.K.: Diese Vergangenheit spiegelt sich auch im unterschiedlichen Organisationsverständnis wieder. 1971 öffneten wir uns im Westen auch für junge Antifaschisten, die nicht aus der Verfolgungsgeneration stammen. Was ebenso eine andere Struktur, aber auch weitere Debatten erforderte und möglich machte.

DRR: Auch die VVN-West hatte eine enge Verbindungen zur DDR. Durch die materielle Unterstützung gab es politische Erwartungen.

C.K.: Ja. Beide Vereinigungen bemühen sich auch um eine Aufarbeitung ihrer Geschichte. Eine Voraussetzung, um eine staatliche Abwicklung und einen Missbrauch des Antifaschismus zu verhindern.

DRR: Neben der symbolischen Bedeutung des Zusammenschluss, welche konkreten Auswirkungen erhofft ihr?

C.K.: Getreu unserer alten neuen Losung aus Buchenwald – die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und den Aufbau einer friedlichen Welt – werden wir nun gestärkt handeln. Neben der Unterstützung von Zwangsarbeitern und Widerstandskämpfern beim Streit um Entschädigung versuchen wir, die Erfahrung des Widerstands zu vermitteln und bemühen uns, die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus aufzuzeigen. Dem Geschichtsrevisionismus entgegen zu treten, den Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen, gehört ebenso dazu wie das entschiedene Auftreten gegen die neuen Kriegsgefahren.

H.C.: Wir werden auch weiterhin im breiten Bündnis gegen die Nazis auf der Straße kämpfen, uns mit den Rechten an den Schreibtischen auseinander setzen und uns für den Erhalt und Ausbau der Gedenkstätten engagieren. Und versuchen den Antifaschismus in den neuen sozialen Bewegung zu verankern.

Aus für Deutschland-Stiftung

Auf der Mitgliederversammlung der „Deutschland-Stiftung" am 25. November diesen Jahres soll deren Auflösung beschlossen werden. Grund dafür sei, so der Vizevorsitzende der Stiftung, Karl Dersch, die systematische Aushöhlung der Stiftung durch deren Gründer Kurt Ziesel und dessen Ehefrau. Der im Sommer 2001 verstorbene Ziesel, einstiger Volontär beim „Völkischen Beobachter" und Mitbegründer des neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik", hatte von der Stiftung monatlich 7.600 Mark Rente bezogen. Seine Frau fordert eine monatliche Zahlung von 2.500 Euro. Eingestellt wird zum Jahresende auch das von der „Deutschland-Stiftung" herausgegebene „Deutschland-Magazin", in dem neben konservativen auch extrem rechte AutorInnen veröffentlichten. Eine der wichtigsten Schnittstellen zwischen Konservatismus und Neuer Rechter verschwindet damit von der politischen Bildfläche.

Willige Vollstrecker der Menschenrechte?

Giorgio Agambens „Homo sacer"

Seit dem Erscheinen der deutschen Übersetzung im Frühjahr diesen Jahres gehört Giorgio Agambens „Homo sacer" auch hierzulande zu einem der breit rezensierten und viel diskutierten Bücher. Das Werk des Italieners Agamben ist zwar genuin philosophisch, erhebt aber zugleich dezidiert den Anspruch, politisch zu sein.

von Christina Knuth

Insgesamt überwiegen die positiven Einschätzungen der Rezensenten. Besonders die Wochenzeitung „Jungle World" geriert sich als Garantin für die Verbreitung von Agambens Thesen in Form einer Vielzahl von Artikeln über und von Agamben. Ist das Buch des von manchem als neuen Starphilosophen gefeierten Agamben nun als „überlebenswichtig" einzuschätzen, wie es die Literaturzeitschrift „Literaturen" bereits im Jahr 2000 tat? Oder ist doch eher Ulrike Herrmann zuzustimmen, die „Homo sacer" in der „tageszeitung" für „provokant gefährlich" hält?

Ausgangspunkt des Buches ist eine Analyse der Funktionsweise von Souveränität. Diese kann sich nur konstituieren, indem sie sich setzt. Demnach beinhaltet sie immer ein Gewaltmoment. Ihr „Anderes", das sie konstruieren muss, um sich selbst als „Eigenes" zu erfinden und davon abzugrenzen, schließt sie dabei nicht einfach nur aus, sondern bindet es als Grundbedingung ihrer Existenz an sich. Sichtbar wird dieses „Andere" laut Agamben zum ersten Mal in der antiken römischen Rechtsfigur des „Homo sacer" (lat. heiliger Mensch) als demjenigen, der straffrei getötet, aber nicht geopfert werden durfte. Sowohl der Sphäre des Religiösen als auch des Profanen entzogen, ist der „Homo sacer" nicht einfach vom Gesetz verlassen, sondern steht in seinem Bann und garantiert so überhaupt die Existenz des Gesetzes als Negativum. Wie auch der Vogelfreie wird er dabei auf sein „nacktes Leben" reduziert. Im Weiteren ist dann auch der Staat - anders als bei Thomas Hobbes - nicht die Überwindung des Naturzustandes; die Souveränität bewahrt sich ihr Naturrecht, über den Ausnahmezustand zu befinden. Agambens Argumentation scheint bis zu diesem Punkt plausibel, wenn auch durchaus diskutabel. Es wäre z.B. zu fragen, ob das Prinzip der Souveränität überwunden werden muss bzw. kann und ob nicht doch entscheidend ist, wie es gestaltet wird.

Problematisch werden Agambens Thesen dort, wo er sich der Entwicklung der Moderne, zu deren Paradigma er „das Lager" ausruft, zuwendet. In der Moderne werde die Ausnahmefigur des „Homo sacer" zur Regel. Es komme zu einer Zersplitterung des „heiligen Lebens" in jeden einzelnen Körper - der nun, wie der französische Philosoph Michel Foucault detailliert analysiert hat, in der „Biopolitik" zum Gegenstand der Politik werde. Agamben nimmt in diesem Zusammenhang eine überraschende Perspektive auf die Menschenrechte ein, indem er sie als Ursprungsfigur der Einschreibung des bloßen „natürlichen Lebens" in die rechtlich-politische Ordnung des Nationalstaates fasst. Abgegrenzt von den Bürgerrechten, seien die Menschenrechte bar jeden Schutzes. Sowohl das „ius sanguinis" (Staatsbürgerschaftsrecht nach dem „Blutsprinzip") als auch das ius soli (Staatsbürgerschaftsrecht nach dem „Territorialprinzip") seien in dieser Perspektive problematisch, da sie beide nicht den Menschen als Menschen, sondern nur als Staatsbürger schützen würden. Diese Analyse ist sicher richtig, höchst problematisch ist jedoch, dass Agamben die Unterschiede zwischen völkischem „ius sanguinis" und republikanischem „ius soli" und deren Folgen ignoriert. Vielmehr behauptet er eine Kontinuität von der Deklaration der Menschenrechte hin zum Holocaust, der bei ihm zum konsequenten Vollzug der modernen "Biopolitik„ mutiert. Die Deutschen als „willige Vollstrecker„ der Menschenrechte? So sind z.B. auch die „Nürnberger Gesetze" von 1935 nur noch das letzte Glied in einer Kette, die für Agamben 1915 in Frankreich mit dem Entzug der Staatsangehörigkeit gegenüber naturalisierten Staatsangehörigen „feindlichen" Ursprungs im Zuge des Ersten Weltkriegs beginnt und sich in weiteren europäischen Ländern bis hin zu Deutschland fortgesetzt habe.

Zurecht weist Agamben darauf hin, dass „im Lager" als der Materialisierung des Ausnahmezustandes alles möglich ist. Diese Möglichkeiten scheinen bei Agamben jedoch keine Einflussgrößen zu kennen. Er stellt nicht die Frage, warum die Potentialität eines rechtsfreien Raumes so unterschiedliche Dinge bedeutet und bedeutet hat. Nirgends findet sich in Bezug auf den Holocaust auch nur einmal die Frage: Warum Deutschland? Der Entzug von Bürgerrechten wird so bei Agamben als erklärender Faktor überbetont und erscheint als einzige Erklärung für die Vernichtung der Juden. Man sollte meinen, dass damit der Höhepunkt der Argumentation erreicht wäre - weit gefehlt. Da als einziges Kriterium die Rechtslosigkeit fungiert, fallen die Opfer des Holocaust, Gehirntote, Asylsuchende bzw. die gesamte „Dritte Welt" in die „Homo sacer"-Gruppe. Die schiere Aufzählung dieser „unterschiedlichen" Gruppen markiert die Grenze der Differenzierungsfähigkeit von Agambens Denken. Für unsere Gegenwart kommt Agamben zu dem Schluss, dass tendenziell alle Menschen heute „homines sacri" seien. Belegt wird dies mit interessanten Einsichten z.B. über unser Zeitalter, „in dem ein Ausflugswochenende auf den europäischen Autobahnen mehr Tote produziert als eine Kriegsaktion".

Agamben bemerkte in einem Interview, dass ein Paradigma, wenn es zu weit gefasst werde, nichts mehr erkläre. Bedauerlicherweise hat er diese Erkenntnis nicht auf seine eigene Arbeit angewendet. Indem er Vergangenheit und Gegenwart auf eine Figur reduziert, simplifiziert er historische Zusammenhänge und kommt so zu mehr als fragwürdigen Aussagen.

Rechte Kostenlos-Zeitung

In der Ausgabe Nr. 2 (Sept. 2002) der in Giessen und Umland kostenlos verbreiteten „Domstadt-Nachrichten - Zeitung mit Themen der Lahn-Dill-Region", herausgegeben von Ruth Viehmann, findet sich ein Artikel über die revanchistische „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum", in dem diese als „Grundeigentümer[n] Mitteldeutschlands" bezeichnet wird - gemeint ist die ehemalige DDR. Weiterhin ist von „in Deutschland begangenen und nicht wiedergutgemachten Verbrechen und Unrechtsmaßnahmen seit [sic!] 1945" die Rede. Ein Artikel über einen „Egerländer Volkstumsnachmittag" beschreibt, dass auf der Bühne des Festsaals „ein Bild von der deutschen Freien Reichsstadt Eger (seit 1061) prangte".

Die Hochzeit von Auschwitz

von Janine Clausen

Am 18. März 1944 um 11 Uhr heiraten die Spanierin Margarita Ferrer und der Österreicher Rudi Friemel. Der Ort der Trauung: das Männerlager des Konzentrationslagers Auschwitz. Heiraten dort, wo alle nur sterben. Eine unwirklich anmutende Begebenheit an einem Ort, wo Menschen vergast, erschossen und erschlagen werden. Und doch eine wahre Geschichte, die Erich Hackl zu einem Fakten-Roman verwoben hat.

Indem Hackl verschiedenste Stimmen von Betroffenen, Angehörigen und Leidensgenossen zu Wort kommen lässt, nebeneinander stellt und doch ineinander verwebt, entreißt er die Geschichte vom österreichischen Antifaschisten und der spanischen Revolutionärin dem Vergessen.

Im Kampf gegen den spanischen Faschismus lernen sich Friemel und Ferrer kennen und verlieben sich. Nach dem Sieg Francos fliehen beide, wie zehntausend andere internationale Spanienkämpfer nach Frankreich, wo sie interniert werden. Als Nicht-Jude meldet Friemel sich freiwillig für die Rückkehr nach Österreich, da er glaubt, dort weiter gegen den Faschismus kämpfen zu können. Kurz zuvor bringt Ferrer ihr gemeinsames Kind zur Welt. Dennoch überredet er sie in das bereits angeschlossene Österreich mitzukommen.

Ein Wahnwitz, ein Leichtsinn? Eine Antwort gibt Hackl nicht. Wer wollte es auch wagen, dies heute zu beurteilen. Stattdessen lässt der Autor die unterschiedlichen Meinungen von der Schwägerin Friemels, dessen Sohn aus erste Ehe, seiner Genossen und vieler anderer zu Wort kommen.

Wie einige voraussagten, wird Friemel, als er mit Ferrer nach Deutschland reist, gleich an der Grenze verhaftet. Während Friemel aus der Haft in Österreich schon längst nach Auschwitz deportiert ist, erreicht Ferrer mit ihrem gemeinsamen Kind Wien. Ohne die Sprache zu beherrschen, versucht sie, Friemel ausfindig zu machen. Friemel ersucht derweil bereits aus der Haft in Wien die Nazibehörden um eine Heiratserlaubnis, weil er die Mutter seines Sohnes „legalisieren" möchte. Nach zwei Jahren kommen das Reichssicherheitshauptamt Berlin dem Gesuch nach, obwohl er als gefährlicher „Roter" und „Volksschädling" eingestuft ist. Für eine Nacht bewilligt die Behörde Ferrer den Zutritt ins Vernichtungslager, um den „Bund fürs Leben" einzugehen. Auch Friemels Vater und Bruder dürfen als Trauzeugen aus Wien anreisen.

Aus den Berichten der einzelnen Zeitzeugen schafft Hackl eine ungemein dichte Erzählung, die erahnen lässt, das Friemel mit seiner Hochzeit, die er der Gestapo abringt, nicht nur romantische, sondern auch politische Motive verfolgt: Er will ein Signal des Widerstands setzten, Hoffnung aufs Leben geben, wo sterben alltäglich ist.

Erich Hackl: Die Hochzeit von Auschwitz, Zürich: Diogenes 2002, 192 Seiten, 16,90 Euro.

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Nr. 51 (September 2002), Themenheft Rechtspopulismus, 221 Seiten, 9,50 Euro. Bezug: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt/Main

In dem Themenheft der Zeitschrift „Z" wird der Rechtspopulismus in Europa unter die Lupe genommen. Neben Überblicksdarstellungen finden sich in dem Heft Einzelstudien zu Italien, Frankreich und Dänemark. Zudem werden Aspekte sozialer Demagogie untersucht und die Entwicklung der Zeitschrift „Criticón" im Laufe der vergangenen 30 Jahre thematisiert.

Margitta-Sybille Fahr: „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot" - Zum aktuellen Erscheinungsbild von Rechtsorientierung und Rechtsextremismus in Alltagskultur und Lebensweise Jugendlicher und junger Erwachsener, 5,- Euro (Bezug: kommunalpolitisches forum e.V. (berlin), Weydinger Str. 14-16, 10178 Berlin)

In dieser aus einer Veranstaltung des „kommunalpolitischen forums" hervorgegangenen Broschüre der Ethnologin Fahr porträtiert und anlaysiert diese in breiter Form Alltagskultur und Lebensweise rechter Jugendlicher. Kleidungsstile, (pseudo)religiöse Bezüge, Symboliken, Szenecodes und Liedtexte werden dabei unter die Lupe genommen und deren identitätsstiftender Gehalt herausgestellt.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16, 30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Aufgeklärte Verklärung

von Andreas Speit

„Ich, Giselher, jüngster Sohn des burgundischen Königs Gundomar, nun im Kerker zu Lorsch, ergreife die Gelegenheit, aufs genauste darzustellen, warum einer erschlagen wurde. Warum Hagen, Dux Exercitus Burgundiae (Heermeister Burgunds) unseren Gast vom Niederrhein erschlug".

Es ist die älteste deutsche Geschichte, die Jürgen Lodemann neu erzählt. Die Historie vom Nibelungen, mehr als 1500 Jahren alt, schildert er basierend auf dem wieder entdecktem „missing link" der Überlieferung des Kilian Hilarus von Kilmacduagh. Jenes irischen Mönchs, der Giselher bat, die Geschehnisse am Wormser Hof zwischen 485 und 487 aufzuschreiben. Nur so sei die „Geschichte" vor der Verfälschung zu retten.

Mit diesem literarischen Kunstgriff löst sich Lodemann von dem aus dem 13. Jahrhundert überlieferten Nibelungenlied, um den Drachentöter Siegfried, der Walküre Brünhild und dem Racheweib Krimhild. Ohne die historische Substanz gänzlich zu verraten befreit Lodemann das Epos vom deutschtümelnden Dunst, aus dem sich Siegfried als weltgewandt und naturverbunden, Brünhild als sinnlich und getäuscht und Krimhild als verliebt und verraten erheben. Sie alle stehen am „Anfang des neuen europäischen Imperiums", bei dem die „christliche Religion zur Todesreligion wird". Und für sie alle, so Lodemann, ist der Anfang das Ende. Selbst Hagens Nibelungentreue offenbart sich als blind und vernichtend. Eindeutige Helden oder klare Schuldige erscheinen nicht. Denn allzu menschlich kommen die mythischen Figuren mit all ihren Träumen, Eifersüchten und Ängsten daher. So ahnt man denn auch, das Siegfried mit jeder lustvoll vorgetragen Kritik am Klerus oder Giselher mit allen witzig ausgeführten Polemiken gegen das Kapital, ihr Schicksal besiegeln, das alle in den Abgrund reißt.

Zwanzig Jahre lang hat Lodemann zu dem Epos recherchiert, Archive durchstöbert, Akten gewälzt, um zu erfahren, was Literaten und Ideologen verfälscht haben, um einen „deutschen Nationalepos" über „Heldentod" und „Nibelungentreue" zu schaffen. In dieser ca. 900 Seiten langen Neu- und Nacherzählung, ergänzt durch Erläuterungen und Übersetzungen, schildert er witzig und tiefsinnig eine Liebes- und Mordgeschichte aus dem 5. Jahrhundert, nicht ohne ein politisch-historisches Klima wiederzuerwecken. Wer wissen möchte wer Siegfried & Co wirklich gewesen sein könnten, bevor sie ein katholischer Mönch im 13. Jahrhundert in Verse presste, im 19. Jahrhundert Hebbel und Wagner sich ihrer bemächtigten und die Nationalsozialisten sie instrumentalisierten, dem sei Lodemanns Prosa empfohlen.

Jürgen Lodemann: Siegfried und Krimhild, Stuttgart: Klett-Cotta 2002, 886 Seiten, 29,50 Euro.

Präzedenzlose Warnung

von Gerd Pfarrland

Der Historiker Yehuda Bauer, ehemaliger Leiter des „International Institute for Holocaust Research" in Yad Vashem, hat mit seinem neuen Buch „Die dunkle Seite der Geschichte" eine umfassende Deutung der Shoah, des nationalsozialistischen Mordes an den europäischen Juden, vorgelegt. Darin unternimmt er den Versuch eines „Neuüberdenkens" zentraler geschichtswissenschaftlicher und -philosphischer Fragestellungen, Positionen, Bestimmungen und Definitionen der Shoah.

Bauer setzt sich dabei kritisch mit Interpretationen der Nichterklärbarkeit der Shoah auseinander, die seiner Meinung nach nicht zu ihrem Verständnis beitragen können, sondern sie im Gegenteil „undurchdringlichem Nebel" überlassen. Er wehrt sich gegen eine Mystifizierung der Shoah - denn „der Massenmord wurde von Menschen begangen und aus Gründen, die in der Geschichte liegen, also rationaler Analyse zugänglich sind."

Für Bauer stellt „die rassenantisemitische Ideologie der Nazis den zentralen Faktor in der Entwicklung" dar, die zur Shoah geführt habe. Weder bloße „Strukturen", noch die Befehle und „Wünsche" Adolf Hitlers reichten aus, um das Verbrechen von Auschwitz zu begehen. Die Shoah bezeichnet Bauer als Völkermord besonderer und beispielloser Art, als eine bisher „präzedenzlose Katastrophe", die nun aber „potentieller Präzedenzfall" geworden sei. Auschwitz könne sich in der heutigen Welt wiederholen, nicht in der exakt selben Form, aber doch als Möglichkeit eines totalen und universalen Massenmords, da „wir in einer Zeit leben, in der die Elemente, die die Shoah hervorbrachten, noch immer gegenwärtig sind". So fordert Bauer ein Lernen aus den Verbrechen für die Zukunft, um sicherzustellen, dass die Shoah „Warnung" statt „Präzedenzfall" werde. Gleichzeitig lehnt er ihre Instrumentalisierung ab und wehrt sich gegen Gleichsetzungen mit so genannten ethnischen Säuberungen - die Shoah grenzt er deutlich von Genoziden ab, wenn sich auch Faktoren, Mechanismen und Motivationen teilweise überschneiden würden.

In den einzelnen Kapiteln liefert Bauer zuerst eine Definition der Shoah und setzt sich mit der Frage ihrer Erklärbarkeit intensiv auseinander. In einem weiteren Abschnitt nimmt er einen Vergleich mit anderen Völkermorden vor. Zu Gesamtdeutungen der Shoah von u.a. Zygmunt Bauman, Götz Aly und Daniel J. Goldhagen stellt er seine Einschätzungen und Positionen dar. In zwei weiteren Kapiteln untersucht Bauer die Reaktionen der Juden auf den NS-Terror. Eine Fallstudie thematisiert die Frage der spezifischen Position von jüdischen Frauen in der Shoah. Weitere Themen sind theologische Erklärungsversuche, Rettungsversuche und die Bedeutung der Shoah für den Staat Israel. Ein Epilog schliesst den Band ab.

Bauer weist in einem Kapitel darauf hin, dass „das Nazi-Regime längst nicht so totalitär war, wie die meisten Menschen anzunehmen scheinen". Öffentliche Proteste konnten geäußert werden und brachten die NS-Regierung in Zugzwang - „als die Behörden die Kruzifixe aus bayerischen Schulen entfernen wollten, gab es einen mittleren Aufstand mit der Folge, daß die Regierung davon absah." Gegen den Mord an den europäischen Juden gab es keinen Aufstand.

Yehuda Bauer: Die dunkle Seite der Geschichte - Die Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen, Frankfurt am Main: Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag 2001, 384 Seiten, 32,80 Euro.

Patrick O'Hara; Daniel Schlüter (Hg.): Der Mythos stirbt zuletzt, 2002, 54 Seiten, 3,- Euro (zzgl. 1,- Euro Versand) (Bezug: rat, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg)

Die Broschüre zum neonazistischem Gedenken an Rudolf Hess liefert eine Kurzbiographie Hess', porträtiert die letzten vierzehn Hess-Gedenkaktionen samt kurzer Bewertung, analysiert politisches Gedenken und die antifaschistischen Gegenaktivitäten. Ein gutes und wichtiges Heft, nur leider zu spät für die Vorbereitung auf den diesjährigen Hess-Gedenkmarsch.